

# BULLETIN

NUMMER 3 | SEPTEMBER 2022



- \* 5 Majorz - Rechte Zwängerei \*
- \* 8 Gleichstellung - Selbstbestimmt \*
- \* 14 Energie - Ökologische Transformation \*
- \* 19 Nationalrat - AHV 21 Nein \*
- \* 22 Klimafonds - Vereint gegen die Krise \*

## 2 Inhaltsverzeichnis

### 3 Editorial

Nachher ist vorher

### 4 Wahlen

Grün für Walchwil

### 5 Majorz

Rechte Zwängerei

### 6 Junge Alternative

Du bist, wie du bist

### 8 Gleichstellung

Selbstbestimmt

### 10 Verkehr

Umgangene Umfahrung

### 13 Initiative

Licht ins Dunkel

### 14 Energie

Ökologische Transformation

### 18 Kantonsrat

Modern ist anders

### 19 Nationalrat

AHV 21 Nein

### 20 Grüne Partei

Delegierte in Zug

### 22 Klimafonds

Vereint gegen die Krise

### 23 Resolution

Es reicht

### 24 Grünspecht

Die halbe Wahrheit

### 25 Gestreift

### 26 Service

Kino

Veranstaltungen

Adressen

Impressum

## «Mission statement»

Das BULLETIN ist eine unabhängige Kommunikationsplattform des alternativen Zug und wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Grünes Forum Hünenberg

Grüne Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Alternative – die Grünen Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei. Autorinnen und Autoren der BULLETIN-Beiträge sind frei in ihrer Meinungsäußerung.

**Redaktion und Herausgeberverein**  
«Das BULLETIN»

## Genderstern (\*)

Für die Darstellung gerechter Geschlechterverhältnisse und eine fortschrittliche Abbildung der gesellschaftlichen Realität möchte das BULLETIN eine gendergerechte Sprache verfolgen. Heute gibt es viele Möglichkeiten, Sprache zu gestalten, so dass die Gleichstellung der Geschlechter und die vielen und variablen Geschlechtsidentitäten sichergestellt werden. Die Autor\*innen der Beiträge im BULLETIN wählen die Form der Schreibweise selber, die Redaktion verwendet den Genderstern.

## Titelbild

Umschlagsbild: Die Kandidierenden der Alternativen – die Grünen Kanton Zug



# Nachher ist vorher

Oliviero Reusser, Wahlkampfleitung Alternative – die Grünen Zug



*Früher oder später kommt der Moment im Leben, wo wir etwas zum ersten Mal machen und den Sprung ins kalte Wasser wagen. Oftmals ist ein solcher Sprung erfrischend und belebt einen mit neuer Energie – es kann aber auch erst mal der Atem wegbleiben. Der Verlust des Regierungsrats-sitzes der ALG im 2018 war für einige vermutlich ein Aufwachen, ein kleiner Schock. Obwohl ich erst seit diesem Februar aktiv bei den Grünen bin, spürte ich jedoch bereits früh, wie wichtig ein Erfolg in diesem Jahr sein wird. In dieser Ausgangslage mag es gewagt erscheinen, eine Person als Wahlkampfleitung anzustellen, die keine Erfahrung aus Parteistrukturen mitbringt. Meine Erfahrungen aus dem politischen Aktivismus und der Politikwissenschaft waren zwar nützlich, reichten aber bei weitem nicht aus. Die zwar etwas holprige, aber*

*grundsätzlich gelungene Koordination des Wahlkampfes gelang vor allem auch dank der unermüdlischen Unterstützung des Wahlauschusses: das Verstehen des Budgets, die Notwendigkeit einer eigenen E-Mail-Adresse für die Wahlkampfleitung oder die Koordination der externen Menschen wie den Grafiker:innen wäre ohne diese Hilfe sehr schwierig gewesen. Trotzdem konnte ich auch eigene Akzente setzen oder bestehenden Wünschen Nachdruck verleihen. So lege ich sehr viel Wert auf ein möglichst professionelles Auftreten und auf eine interne Kommunikation, bei der lieber etwas mehr gesagt wird als zu wenig. Mehrmals erwies sich dies als eine gute Herangehensweise. Auch bei Social Media konnten wir Fortschritte erzielen – indem wir etliche bürokratische Hürden abbauen konnten, sind wir heute an einem deutlich besseren*

*Punkt als vorher. Dass für die nächsten Nationalratswahlen noch viel mehr verbessert werden muss, steht ausser Frage. Mein wichtigster Beitrag ist jedoch folgender: Das Wissen über die konkreten Arbeiten einer Wahlkampfleitung darf nicht verloren gehen. Ich werde meiner Nachfolger:in ein Handbuch hinterlassen, das die Aufgaben einer Wahlkampfleitung klar beschreibt und eine Anleitung dazu liefert. Vieles konnte ich selber aus alten Dokumenten und von den «alten Hasen» der Partei erfahren, aber vieles musste ich mir auch neu aneignen und lernen, obwohl dies teilweise nicht sein müsste. Ein grosser Teil der Energie, die ich aufwenden musste, um zu verstehen, wie ich etwas machen muss, fehlte dann, wenn es darum ging, etwas rechtzeitig und richtig zu machen. Genau die essenziellen Details wie die Gestaltung eines Plakates oder die genaue Bestellmenge der Plakate erhielten dann nicht die Aufmerksamkeit, die sie benötigten. Essenziell ist schliesslich, sich auf das zu fokussieren, was grundsätzlich ist und die grösste Wirkung entfalten wird. Das ist, was eine Partei am Ende ausmacht, nämlich die Menschen, Mitglieder und Kandidat:innen. Geleistete Arbeit muss auch wertgeschätzt werden – eine motivierte Person, der Dankbarkeit gezeigt wird und die sich dafür nach ihren Möglichkeiten einsetzt, ist viel wichtiger als Wahlpropaganda ganz ohne Tippfehler. Was schlussendlich zählt, ist das grosse Ganze – und dies sind wir selber als Menschen. Auch deswegen ist es für mich möglich, hier alles zu geben, das ich kann, damit die Wahlfeier wirklich eine Feier wird und wir einen wichtigen Schritt in eine sozialere und lebenswerte Zukunft machen. ■*

3

# Grün für Walchwil

Andreas Kretz, Kandidat Kantonsrat

## 4 Was motiviert mich, im Herbst 2022 für den Kantonsrat zu kandidieren? Allen Walchwilerinnen und Walchwilern, die besorgt sind über den Zustand des Klimas und der Umwelt und die einen verantwortungsvolleren Umgang mit natürlichen Ressourcen fordern, will ich eine Stimme geben.

Während meiner Kindheit verbrachte ich zahlreiche Stunden im Wald, welcher direkt an das Haus meiner Eltern angrenzte. Ich war noch zu klein, um die Bedeutung der Natur zu verstehen, jedoch war der Wald ein Ort, den ich nie missen wollte. Ich wuchs in Walchwil auf und bin stark mit dem Dorf verbunden. Nach der obligatorischen Schulzeit besuchte ich die Wirtschaftsmittelschule und entdeckte dort mein Interesse an Buchhaltung und Zahlen. Später studierte ich Betriebsökonomie mit Vertiefungsrichtung Controlling und Accounting. Während meiner Ausbildung lernte ich, auf die Zähne zu beißen und gesetzte Ziele mit Beharrlichkeit zu verfolgen, eine Fähigkeit, die auch in der Politik gefragt ist. Seit knapp sieben Jahren arbeite ich in einem Treuhandunternehmen, wobei der Fokus auf nationalem Steuerrecht liegt. Finanz- und Steuerpolitik beeinflussen die klassischen grünen und sozialen Themen und umgekehrt. An dieser Schnittstelle zu debattieren, erachte ich als sehr bereichernd.

Ich setze mich seit einigen Jahren für eine soziale und ökologische Politik im Kanton Zug ein. Mein Engagement fusst auf dem Dokumentarfilm «Eine unbequeme Wahrheit». Der Film half mir zu verstehen, dass die Klimaerwärmung eine reale Gefahr ist und dass ich selber aktiv werden und meine Lebens- und Konsumgewohnheiten kritisch hinterfragen muss. Schnell wurde mir jedoch bewusst, dass ich alleine nicht viel erreichen kann. So schloss ich mich mit jungen Gleichgesinnten zusammen, und gemeinsam gründeten wir die Junge Alternative Zug, die wähler\*innenstärkste Jungpartei des Kantons Zug.

Als Kantonsrat will ich mich unter anderem für folgende Themen einsetzen.

Der Schweiz droht bekanntlich im kommenden Winter eine Strommangellage. Das Gebot der Stunde heisst Energie sparen, auch hier im Kanton Zug. Das Einsparpotenzial ist zweifellos noch nicht ausgeschöpft. Hell erleuchtete Schaufenster in den Abendstunden und Standbybetrieb bei allen Elektrogeräten lassen den Stromverbrauch unnötig steigen. Ein unschönes Beispiel für Ersteres sind die allabendlich hell beleuchtete Bahnhofstrasse sowie der Abschnitt zwischen Kolin- und Postplatz in der Stadt Zug. Mit einer Sparkampagne soll der Kanton Zug der Bevölkerung und Wirtschaft kostengünstig umzusetzende Energiesparmassnahmen vermitteln. Ausserdem stellt die Lichtverschmutzung insbesondere für Insekten ein Problem dar. Sie gehen durch die Hitze der Lichtquelle oder durch Übermüdung zugrunde. Das Ökosystem leidet beträchtlich unter diesem Schwund. Weniger Pflanzen werden bestäubt. Dies hat zur Folge, dass Nahrungsmittel, die einst selbstverständlich und im Überfluss vorhanden waren, knapp und damit teuer werden könnten. Auch bei diesem Aspekt kann mit einer Sensibilisierungskampagne viel erreicht werden. Ausserdem verdienen Bestrebungen aus der Zivilgesellschaft, die bezwecken, durch Optimierungen von Beleuchtungen im öffentlichen Raum

den Stromverbrauch zu senken, finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand.

Dem Kanton Zug steht eine weitere Steuergesetzrevision bevor. Die achte Teilrevision des Steuergesetzes sieht unter anderem eine Senkung der Vermögenssteuer vor. Konkret beantragt der Regierungsrat, den aktuellen Vermögenssteuertarif generell um 20 Prozent zu reduzieren und die Freibeträge wesentlich zu erhöhen. Die Exekutive räumt selbst ein, dass bereits heute rund die Hälfte der



Zuger Bevölkerung keine Vermögenssteuer entrichtet. Der Effekt der Steuersenkung bleibt also bei rund 50 Prozent der Steuerzahlenden wirkungslos. Das ist keine Steuerpolitik, welche niedrige Einkommen entlasten will.

Ich befürworte die Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien mit tiefem Einkommen. ■



# Rechte Zwängerei

Luzian Franzini, Kantonsrat

**2013 kam die dritte Majorz-Initiative zur Abstimmung. Fast 10 Jahre später zeigt sich, die Abstimmungsversprechen der damaligen Befürworter:innen waren nichts anderes als heisse Luft.**

Es war die damalige CVP, welche die Unterschriftensammlung für die Volksinitiative vorantrieb, auch die FDP unterstützte aus wahltaktischen Überlegungen den Systemwechsel. Es ist natürlich kein Zufall, dass

die grossen Parteien, welche vom Systemwechsel profitieren, auch die Idee vorantrieben. Es wird gemunkelt, dass der Auslöser für die bürgerlichen Bestrebungen die erfolgreiche Regierungsratswahl von Hanspeter

Uster im Jahr 1990 und die Wahl von Regierungsrat Jean-Paul Flachsmann von der SVP 1998 waren.

Nach der Wahl von Uster hatte die CVP mit einer Volksinitiative den Systemwechsel angestrebt. Das Begehren wurde aber wegen eines Formfehlers für ungültig erklärt. Ein Vorstoss im Kantonsrat führte 1997 zu einer Volksabstimmung, bei der mit einem Zufallsmehr von 50 Stimmen dem Majorzverfahren zugestimmt wurde. Doch die Abstimmung musste wegen Unregelmässigkeiten bei der Auszählung der Stimmen wiederholt werden. Beim zweiten Urnengang schwangen die Proporz-Anhänger wieder obenaus. Auch 2001 ging die Abstimmung knapp zugunsten des Proporzverfahrens aus. Im Jahr 2013 wurde dann der Systemwechsel angenommen und kam 2014 das erste Mal zur Anwendung.

In der damaligen Abstimmungsbroschüre wurde das Majorzwahlverfahren in den Himmel gelobt.

«Chancen für alle – Alle Kandidatinnen und Kandidaten haben die gleiche Chance, gewählt zu werden, unabhängig von Parteistärke und Listen.»

Seither zeigte sich jedoch ein anderes Bild. Für kleine Parteien wird es immer schwieriger, einen Sitz im Regierungsrat zu gewinnen. Obwohl die Mitte seit 2010 konstant an Wähler:innenanteil verloren hat, gewann sie im Jahr 2018 einen dritten Regierungsratssitz dazu. Nun präsentiert sich die Situation also so: 21 Kantonsrät:innen (die Mitte) verfügen über eine 3er-Vertretung im Regierungsrat, während der Linke Block mit ebenfalls 21 Kantonsrät:innen über keine Vertretung in der Regierung verfügt.

Nichts stimmt also, was damals von den Befürworter:innen des Majorzes behauptet wurde. Es wurde weder stärker auf «Köpfe» geschaut, noch gab es in irgendeiner Form eine Selbstbeschränkung der Mitte, obwohl sie ständig Wähleranteile verliert.

Vor diesem Hintergrund erscheint die aktuelle 3er-Kandidatur der Mitte für den Regierungsrat ziemlich fragwürdig und vermessen. Von einer Partei, welche sich selbst als ausgleichende Kraft versteht, könnte man durchaus eine Selbstbeschränkung erwarten. Eine Konkordanzdemokratie funktioniert nur, wenn alle relevanten Kräfte auch in der Regierung eingebunden sind. Aktuell sind fast 30 Prozent der Wähler:innen nicht in der Regierung vertreten. Mit einem Wähleranteil von über 25 Prozent hätte die Linke eigentlich sogar Anspruch auf zwei Sitze in der Regierung. Umso wichtiger ist es, dass am 2. Oktober nur Tabea Zimmermann Gibson auf den Listen der progressiven Zuger Bevölkerung steht. Eine diverse Regierung führt auch zu diverseren Gedanken und besseren Lösungen. ■

KR Sitze	2010	2014	2018
CVP	23	22	21
Linke	16	17	21

Wähler*innenanteil	NR 2007	NR 2011	KR 2014	NR 2015	KR 2018	NR 2019
CVP	23.3%	24.3%	26.8%	26.44%	25.6%	23.78%
CVP RR	2	2	2	2	3	3
Linke	26.1%	20.6%	22.1%	20.9%	25.1%	28.6%
Linke RR	2	1	1	1	0	0

Seit 1974 verliert die Mitte konstant Sitze im Zuger Kantonsrat. Im Regierungsrat konnte sie dank dem Wechsel auf den Majorz sogar zulegen.



Nichts stimmt, was damals von den Befürworter:innen behauptet wurde.

# Du bist, wie du bist

Andreas Iten, Forum Oberägeri

**6 Du warst schon von klein auf anders, denn du verliebtest dich schon früh in die Schönheit der Welt. Du kamst zu spät in die Schule, weil eine Schnecke oder eine Raupe deinen Schulweg kreuzten. Verwundert schautest du zu, wie sie in Zeitlupe ihren Weg suchten.**

Mit reiner Bewunderung blicktest du auf diese Welt und fühltest dich so klein beim Anblick eines Sonnenuntergangs. Du wolltest mehr wissen, weil Hinterfragen zu deiner Art gehört. Deine Lehrperson mochte dich zwar, aber das ständige Hinterfragen von allem machte ihn oder sie wahnsinnig.

weil du etwas suchtest, das dich erfüllt und dir einen Sinn gibt. Ein kleiner Halt in dieser Welt, in der du dich so fremd fühltest. Du suchtest und suchst eine tiefere Bedeutung in deinem Tun, weil du die Dinge in deinem Leben nicht für dich tust. Deshalb hattest du nie das

willst, dass es allen gut geht. So viele Menschen werden dich dafür nicht mögen, obwohl du alles Mögliche für sie tun würdest. Dein Leben ist ein Paradoxon, weil dir bewusst ist, dass das Leben mehr ist als Besitz, Reichtum und persönlicher Erfolg. Genau dies steht im Konflikt mit unserem System. Dieses System, das gegen deine Werte ist, gegen deine Lebensart und leider auch gegen dich. Ein System, wo Egoismus belohnt wird, obwohl es gegen das menschliche Sein ist. Ein System, das dich erzogen hat und dich jetzt wegstossen will. Ein System, das dir sagen will, dass du allein bist und du allein kämpfen musst.

Aber du bist nicht allein, warst nie allein. Denn schon früh hast du bemerkt, dass, obwohl du dich oft allein fühltest mit deiner Meinung, es doch Menschen gibt, die für deine Werte kämpfen. Menschen, die mehr sehen als der Durchschnitt. Das grosse Ganze sehen und versuchen, die Welt zu verbessern. Und heute gehörst du zu denen, die für die Welt eintreten. Stehst zwischen tausenden Menschen an einem Freitag und schwänzt die Schule, stehst mit einer violetten Faust in der Menge und stehst ein für faire Löhne in deinem Beruf, der schon längstens deine Berufung ist. Du stehst auf, wenn andere sitzen, und gehst in eine andere Richtung, wenn die anderen blindrechts folgen.

Du warst schon immer anders, aber nicht, weil du anders sein wolltest, du bist anders, weil es dich anders braucht. Denn, wenn alle anderen für sich schauen, gehen zu viele vergessen. Wenn alle nach Profit lechzen, gehen die Ressourcen zur Neige. Wenn alle nach Wachstum schreien, verwelkt die Welt. Du bist der Widerstand gegen Ausbeutung, gegen Fremdenhass, gegen Benachteiligungen, gegen Ungerechtigkeiten und gegen die Zerstörung dieser Welt.

Es tut mir leid, dass du so bist, wie du bist. Denn du bist ein Widerstand und ein Widerstand muss kämpfen.



Neben Politik können wir jungen Alternativen auch noch andere Dinge gut: zum Beispiel Party! Komm vorbei!

Im Sport wurdest du als Letzte oder Letzter gewählt, aber nicht, weil du nicht fit warst, sondern du den Sinn davon, hinter dem Ball nachzurrennen, nicht verstanden hast. Deine Motivation, Neues zu lernen, war riesig, aber die Schule war nicht dein Ding, weil die Dinge, die du lernen musstest, so weit weg von deiner Realität waren und du ihren Nutzen nie erkanntest. Und als die Jugendzeit kam, waren dir die Probleme, in denen die meisten steckten, nicht begreiflich, denn diese kleinen Probleme wirkten für dich so belanglos in Bezug auf die Probleme der weiten und grossen Welt. Auch die Berufswahl machte dir Sorgen, nicht weil du keine Wahl hattest, sondern

Bedürfnis nach Erfolg, weil dich Erfolg nicht glücklich macht. Du willst nur Erfolg haben, wenn es anderen Menschen dadurch besser geht. Du kämpfst schon ein Leben lang für das Gute, ohne es zu wissen. Du willst der Welt zeigen, dass wir schon so lange auf dem falschen Weg sind. Du zeigst es in deiner Art, in deiner Rücksicht auf die Natur, in deiner Achtung gegenüber deinen Mitmenschen und in deinem Glauben, dass das Gute gewinnt. Darum tut es mir leid, dass du so bist, wie du bist. Denn du triffst auf so viel Widerstand mit deiner Art, obwohl du nur Gutes tun willst. Du bist gefangen in einem System, in dem die meisten nur für sich schauen, während du nur



Wieder und wieder kämpfst du gegen ein System, das so aufgebaut ist, dass die wenigsten viel haben und die meisten zu wenig. Doch du machst es, weil dir bewusst ist, dass es nicht um dich geht. Du opferst Zeit, Wissen und Kraft für andere Menschen, ohne Entlohnung, ohne Ruhm oder Dankbarkeit. Deshalb tut es mir leid, dass du so bist, wie du bist, denn du bist ein zu guter und tapferer Mensch für diese traurige und zugleich schöne Welt. Deine Werte und deine Ziele sind unabhängig, hochwertig und frei von deinem Selbst. Bedingungslos bist du der Widerstand für diese Welt. Doch genau diese Art, für das Gute einzustehen, und deine Aufopferung sind das, was dich zu diesem tollen Menschen macht.

Deshalb ist es gut, dass du so bist, wie du bist. Die Welt braucht dich, auch wenn es sich manchmal nicht so anfühlt. Grosser Widerstand zeigt nur, dass du für das Richtige kämpfst. Auch wenn es manchmal hart ist, sich selbst und die Welt immer wieder zu hinterfragen, braucht es genau solche Menschen wie dich. Auch wenn viele Initiativen von uns in den letzten Jahren abgeschmettert wurden und das Unterschriftensammeln sich teilweise anfühlt, als würde man unnötige Anschuldigungen und falsche Aussagen sammeln, ist es wichtig, dass du weiter machst. Egal, was dich im Oktober erwartet, du musst weiter machen, weil die Welt genau solche Menschen wie dich braucht. Weil du genau mit deiner bedingungslosen, weltfreundlichen und starken Art so viel bewegen kannst.

Denn du bist nicht nur der Widerstand für diese Welt, du bist Teil dieser neuen erstrebenswerten Welt. Nur schon, weil du dieser Welt vorsichtig begegnest und deinen Weg mit viel Rücksicht gehst. Grün sein ist heute nichts Negatives mehr. Es ist ein Wert, den immer mehr Menschen für sich entdecken. Vegane oder vegetarische Produkte erscheinen mehr in den Regalen und geschlechterneutrale Sprache findet Einzug in den

Köpfen der Menschen. Den meisten Menschen ist langsam bewusst, dass die erneuerbaren Energien unsere Zukunft sein werden. Und die Gleichberechtigung ist ein Thema, das nach so vielen Jahren ernsthaft angeschaut wird, obwohl es langsam vorangeht. Menschen, die lange geschwiegen haben, erheben ihre Stimme und gehen auf die Strasse. Und heute liest man in Zeitungen über die Probleme, die wir vorhergesagt haben, die wir schon zu

politischen Interessen gefunden, doch bleiben wir heute aus deutlich mehr Gründen zusammen. Deshalb ist es gut so, wie wir sind!

Uns erwarten in den nächsten Jahren so viele Probleme, die wir lösen müssen. So viele Schwierigkeiten, die wir angehen müssen. So viele Brennpunkte, die wir nur gemeinsam löschen können. Auf uns wartet eine strenge Zeit, mit vielen neuen Aufgaben, aber es wartet zugleich eine schöne Zeit auf uns,



Die Kandidierenden der jungen Alternativen beim Wahlkampfauftakt in Zug.

bekämpfen versuchten oder aktuell bekämpfen. Rückschläge bleiben uns leider länger im Gedächtnis als unsere Erfolge. Doch gibt es viele positive Veränderungen in der Gesellschaft, die wir oft ausser Acht lassen, weil wir uns immer noch und verständlicherweise nach mehr sehnen. Doch solche positiven Veränderungen wurden nur möglich, weil es Menschen wie dich gibt. Dieser Text soll dir Hoffnung geben auf deinem Weg, denn er wird weiterhin schwierig sein und voller Widerstand. Aber es ist unglaublich wichtig, dass du diesen Weg weiterhin bestreitest. Denn du bist der Unterschied, der Widerstand und die positive Veränderung für diese Welt. Und vergiss nicht, wir sind bei dir! Wir haben uns durch unsere

weil wir diese Zeit zusammen erleben können. Es ist egal, was der 2. Oktober 2022 für uns plant, denn unser gemeinsamer Weg wird weitergehen. Wir werden weiterhin der Widerstand sein und weiterhin für das Gute kämpfen, weil wir nicht für unseren Erfolg kämpfen, sondern für den Erfolg von uns allen. ■

#### Der Autor

Andreas Iten ist auch unterwegs als Gassenpoet.

Nächste Auftritte:

21.09.22, Chicago Bar, Zug

22.09.22, Elefant, Baar

23.09.22, Kleinbühne, Neuenkirch

# Selbstbestimmt

Natalie Chiodi, Redaktion BULLETIN

**8** Der vorliegende Text basiert auf einer **Stellungnahme von Rita Hofer und Luzian Franzini, beide Mitglieder der Alternative – die Grünen (ALG) und des Kantonsrats Zug, die im Rahmen einer Vernehmlassung zur Gesetzesrevision für mehr Selbstbestimmung von Menschen mit einer Behinderung verfasst wurde.**

Eines vorneweg: Aus dem Gesetz über die sozialen Einrichtungen (SEG) wird das Gesetz über Leistungen für Menschen mit Behinderung und Betreuungsbedarf (LBBG). Damit sollen neu die Menschen statt der Institutionen im Zentrum stehen. Das Gesetz soll Menschen mit Behinderung vermehrt die Wahl zwischen ambulanter und stationärer Betreuung ermöglichen. Die ALG unterstützt diese Richtung sehr. Die Redaktion hat die Stellungnahmen zusammengefasst.

## Wahlmöglichkeiten schaffen

Die ALG begrüsst den Paradigmenwechsel und die Stärkung der ambulanten Angebote. Das Gleichstellungsgebot verlangt, dass Menschen mit einer Behinderung ein möglichst unabhängiges und selbstbestimmtes Leben inmitten der Gesellschaft ermöglicht wird. Dieser Grundsatz verlangt nach neuen Wohn- und Arbeitsformen ausserhalb einer stationären Einrichtung, soweit dies möglich ist. Um eine echte Wahlfreiheit betreffend Betreuungsformen zu gewährleisten, müssen die ambulanten Angebote im Kanton Zug dringend ausgebaut werden. Das neue Gesetz macht nur dann Sinn, wenn entsprechende Wahlmöglichkeiten auch effektiv zur Verfügung stehen. Das derzeitige ambulante Angebot reicht nicht aus, um den künftigen Bedarf zu decken, und die Komplexität der Fälle verlangt nach neuen individuellen ambulanten Unterstützungsangeboten sowie Assistenzleistungen.

Das Gesetz erfordert ambulante Angebote, die die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Betroffenen auch wirklich fördern. Zu präzisieren ist in dieser Hinsicht, welche Angebote unter dem neuen Gesetz als ambulant gelten und welche als stationär.

Betreutes Wohnen, das von stationären Einrichtungen begleitet wird, kann nicht als ambulantes Angebot gelten. Ambulante Wohnangebote setzen voraus, dass die Selbstbestimmung der Betroffenen vollständig gewährleistet wird.

## Finanzieller Schwellenwert

Beim vorgesehenen Finanzierungsmodell hat die Alternative – die Grünen einen gewissen Vorbehalt gegen den vorgesehenen Schwellenwert. Die Festlegung eines Maximalbetrages für ambulante Leistungen, der den Betreuungsumfang einer Person im ambulanten Bereich begrenzt, widerspricht der Stossrichtung des Gesetzes. Ambulante Unterstützung soll auch dann möglich sein, wenn diese teurer ist als eine stationäre Betreuung. Das LBBG darf keinesfalls als «Sparmodell» missbraucht werden, sondern soll den Betroffenen mehr Unabhängigkeit und Selbstbestimmung im Sinne einer echten Wahlfreiheit gewähren. Die Kostenneutralität darf die Wahl- und Selbstbestimmung der Menschen mit Behinderung nicht einschränken.

## Altersgrenze

Will man die Gleichbehandlung von Menschen mit einer Behinderung wirklich fördern, greift eine Altersgrenze ab 18 Jahren zu kurz. Das Modell der Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Unterstützungsleistungen soll bereits von Anfang an gelebt werden, nicht erst ab Beginn der Volljährigkeit, denn die Gleichstellung beginnt von Geburt an. Die Praxis zeigt, dass Familien durch die Geburt eines Kindes mit einer Behinderung stark belastet sind und adäquate ambulante Unterstützungsangebote

bis zum Eintritt in die Schule fehlen. Das integrative Schulsystem ist bereits heute Realität und fördert behinderte Kinder im öffentlichen Schulsystem, soweit dies möglich ist. Damit sind sie Teil der Gesellschaft, und dies sollte ihnen im Erwachsenenalter nicht wieder abgesprochen werden.

Wenn Menschen mit einer Behinderung in einem stationären Angebot leben, ist die persönliche Entwicklung der Betroffenen aus diesem Kontext heraus vielfach erschwert, und sie verbleiben dort, wo sie sich befinden. Die Entwicklung orientiert sich primär an den organisationalen Konzepten anstatt an Themen wie Selbstbestimmung, Wahlfreiheit und Wahlmöglichkeit.

Das Gesetz ist vorwiegend auf junge Erwachsene mit Behinderung nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit ausgerichtet. Wie wird der Betreuungsbedarf von Kleinkindern vor dem offiziellen Schuleintritt geregelt, die auf ausserfamiliäre Betreuungsangebote angewiesen sind, wenn Eltern den beruflichen Verpflichtungen nachkommen möchten?

## Unabhängige Prüfung

Wenn «ambulant vor stationär» als Grundsatz der Regierung und des Kantonsrates gilt und als Zielvorgabe festgelegt wurde, dann hat dies zur Folge, dass eine unabhängige und individuelle Bedarfsabklärung durchgeführt werden muss. Dafür braucht es entsprechende Fachleute, und die Abklärung darf sich nicht an Kosteneinsparungen orientieren, die die behinderten Menschen zu spüren bekämen. Um die Betreuungsqualität zu sichern, braucht es ausgewiesene, unabhängige Fachleute, damit die Betreuung mit entsprechenden Kostenfolgen abgesichert wird. Die Fachstelle für Bedarfsabklärung darf nicht der Direktion des Innern, welche die Kostenübernahmegarantie leistet, unterstellt sein. Nur so ist eine unabhängige Prüfung des Leistungsbedarfs im Sinne der Betroffenen gewährleistet und die Akzeptanz der





Hilfsmittel alleine reichen nicht. Es braucht das Gesetz, das den betroffenen Menschen Rechte zugesteht.

Abklärungsstelle gesichert. Denkbar wäre auch eine zentralschweizerische Abklärungsstelle, um den Aufwand zu reduzieren und Synergien zu nutzen. Für die Bedarfsabklärung sind ausführliche persönliche Daten notwendig. Diese Daten dürfen nicht ohne weiteres an andere Fachstellen weitergegeben werden. Dem Datenschutz muss so weit wie möglich entsprochen werden.

#### **Autonomie**

Viele wichtige Bereiche im Lebensalltag von Menschen mit einer Behinderung sind im LGGB nicht geregelt. Das Recht auf gleichen Zugang zu allen Lebensbereichen wie Arbeit, Bildung, Freizeit, Kommunikation, Mobilität und Wohnen sowie der Zugang zu Bauten, Anlagen, Einrichtungen und öffentlichen Leistungen wie auch die politische Teilhabe sind zu wenig verbindlich formuliert.

Es braucht umfassende Rechtsgrundlagen, die das Ziel haben, eine autonome Teilhabe von Menschen mit einer Behinderung am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Deshalb ist

es unerlässlich, dass auch der Kanton Zug seinen Verpflichtungen zur Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung nach der UNO-Behindertenrechtskonvention sowie der Bundesverfassung nachkommt. Mit dem Ziel der Inklusion sollen Menschen mit einer Behinderung auf Gesetzesebene umfassende einklagbare Rechte zugestanden werden. Wer von einer Benachteiligung betroffen wird, soll vor Gericht beantragen können, dass diese beseitigt wird.

#### **Fachstelle**

Geschaffen werden soll zudem eine kantonale Fachstelle für die Rechte

von Menschen mit einer Behinderung, die die Umsetzung der neuen Rechtsgrundlagen koordiniert. Ihre Aufgaben soll sie in regelmässigem und engem Austausch mit Menschen mit einer Behinderung und ihren Organisationen wahrnehmen. Das neue Gesetz ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Es darf jedoch nicht der Eindruck entstehen, dass die Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung in der Gesellschaft mit dem LBBG abgeschlossen ist. Vielmehr ist dies erst der Anfang. Die ALG erachtet es als wichtig, dass sich die Regierung für echte Inklusion einsetzt. ■

#### **InBeZug**

InBeZug ist ein Projekt, das der Regierungsrat dem Kantonalen Sozialamt in Auftrag gegeben hat. Nach den Projektarbeiten hat Ende 2019 die Revision des Gesetzes über soziale Einrichtungen begonnen. Ziel ist die Verbesserung des Unterstützungssystems für Menschen mit Behinderung im Kanton Zug. Ihre Selbständigkeit, Teilhabe und Eigenverantwortung soll gestärkt werden. Daneben sollen die Kantonsfinanzen gezielter und wirkungsvoller eingesetzt werden können.

Mehr Infos: [www.zg.ch/behoerden/direktion-des-innern/kantonales-sozialamt/abteilung-soziale-einrichtungen/8-projekt-inbezug/aktuelles#medienbericht-zum-neuen-lbbg](http://www.zg.ch/behoerden/direktion-des-innern/kantonales-sozialamt/abteilung-soziale-einrichtungen/8-projekt-inbezug/aktuelles#medienbericht-zum-neuen-lbbg)

# Umgangene Umfahrung

Ivo Egger und Philipp Kissling

10

**Im Jahr 1980 wälzten sich täglich über 20000 Motorfahrzeuge durch Cham. Eine unerträgliche Situation. Mit dem Ausbau des Busfahrplans konnte man kurzfristig die Zahl etwas reduzieren. Jedoch schon im Jahr 2000 wurde der neue Höchststand von 22300 gemessen.**

Die Schuldigen wurden vermeintlich schnell gefunden: Der Durchgangsverkehr! Die Lösung: Eine Umfahrung! Ein Vorprojekt wurde erstellt und im kantonalen Richtplan verankert. Dieses sah eine zweispurige Strasse rund um Cham vor, die sich in

(UCH) abstimmen. Nach einem heftigen Abstimmungskampf, in dem sich Regierungsrat Tännler und die Gemeinden sehr stark für ein Projekt einsetzten, dessen Auswirkungen und Ausmasse noch gar nicht bekannt waren, wurde dem Projekt mit dem



Die Arbeiten an der Umfahrungsstrasse Cham-Steinhausen werden für den Tunnel in Richtung Cham Knonauerstrasse vorbereitet.

vier Abschnitte aufteilt, wobei zwei Abschnitte parallel zur Autobahn verlaufen. Vorschläge des VCS für Pfortneranlagen und eine Temporeduktion im urbanen Gebiet wurden gar nicht geprüft. Inzwischen wurde ein Ausbau der A14 (Verbindungsstück zwischen der Autobahn A2 und Sihlbrugg) auf sechs Spuren beschlossen. Die Forderung nach zusätzlichen zwei Spuren um Cham, wegen der fehlenden Umfahrung, wurde im Projekt aufgenommen.

2007 durfte die Zuger Bevölkerung über die Planung und Realisierung der Umfahrung Cham-Hünenberg

Zufallsmehr von 50,3 Prozent zugestimmt. Hinter dem Projekt standen nur vier Gemeinden. Den Ausschlag gaben wohl die Gemeinden Cham und Hünenberg.

Nach dieser Niederlage forderte der VCS erfolglos in seiner Einsprache gegen den Sechs-Spur-Ausbau, die zwei zusätzlichen Spuren um Cham nicht zu bauen.

## Nach der Abstimmung

Was nach der Abstimmung alles folgte, war unglaublich:

1. Die Gemeinde Cham durfte über die in der Abstimmung vorge-

schlagene Begleitmassnahme, die Sperrung der Bärenbrücke, abstimmen. Diese wurde abgelehnt. Der Kanton eröffnete eine Projektgruppe, um eine neue Massnahme zu erarbeiten. Die flankierende Massnahme «Autoarmes Zentrum» wurde erfunden, mit der der Bund zum Glück nichts anzufangen wusste.

2. Der Kanton fand mit Verkehrszählungen heraus, dass nur 20 bis 25 Prozent des Verkehrs effektive Durchfahrten durch Cham sind. Der Rest ist Ziel-/Quellverkehr.
3. Die neu berechneten Verkehrszahlen zeigten, dass der Kreisel Lindenham überlastet war. Die Lösung brachte eine Brücke über einen stark vergrösserten Kreisel.
4. Die Bauern werden neu mit 80 Franken statt 20 Franken pro Quadratmeter entschädigt.
5. Der Stadttunnel wurde von über 60 Prozent der Bevölkerung abgelehnt. Obwohl er mit der UCH und der Tangente Zug-Baar immer wieder im Abstimmungskampf als Dreibein bezeichnet wurde, hatte dies auf die Planung keinen Einfluss.

2015 wurde das Auflageprojekt präsentiert, welches vom Vorprojekt stark abwich. Im dazugehörigen Umweltverträglichkeitsbericht (UVB) wurden die Auswirkungen aufgezeigt, die zusätzliche Änderungen des Projekts nach sich zogen. Nachfolgend sind nur einige der Differenzen aufgeführt:

1. zusätzliche Lärmschutzmassnahmen;
2. Verlängerung des Tunnels im Abschnitt A mit zusätzlichem Fluchtstollen;
3. 20 Prozent mehr Flächenverbrauch (gemäss UVB sogar 70 Prozent mehr);
4. statt einfache Knoten sind die meisten Kreisel mit Bypass versehen;
5. die Strecke auf der Knonauerstrasse hat eine Spur mehr.



Aber auch die Verkehrszahlen haben sich gemäss UVB stark verändert:

1. auf den Abschnitten B und C bis 48 Prozent höhere Zahlen;
2. auf dem Abschnitt D 42 Prozent tiefere Zahlen (bei einem durchschnittlichen Tagesverkehr von 2800 macht dieser Strassenabschnitt keinen Sinn mehr);
3. statt 20 Prozent weniger bis zu 60 Prozent mehr Verkehr auf der Chamerstrasse in Hünenberg;
4. bis 300 Prozent Zunahme auf der Eichmattstrasse in Hünenberg See.

### Viele Einsprachen

Kein Wunder, dass diesen Planaufgaben über 100 Einsprachen aus der Gemeinde Cham folgten. Auf Grund der veränderten Ausgangslage forderte der VCS immer wieder eine erneute Abstimmung über das Ausführungsprojekt. In dieser hätte der Regierungsrat auf reale Zahlen zurückgreifen können und nicht auf Mutmassungen. Nur hat er wohl selber erkannt, dass er mit diesen Zahlen schlechte Karten gehabt hätte. Der zweiten Forderung, die Kosten neu zu berechnen, ist er ausgewichen: «Die Kosten sind nicht Teil des Auflageprojekts! Über diese wurde abgestimmt und die Bauunternehmungen müssen den Rahmen einhalten.»

Mit dem Spatenstich im Jahr 2022 und der Vollendung im Jahr 2027 soll das letzte Kapitel dieses Schmierentheaters geschrieben werden.

### Bestes Ackerland dem Verkehr opfern?

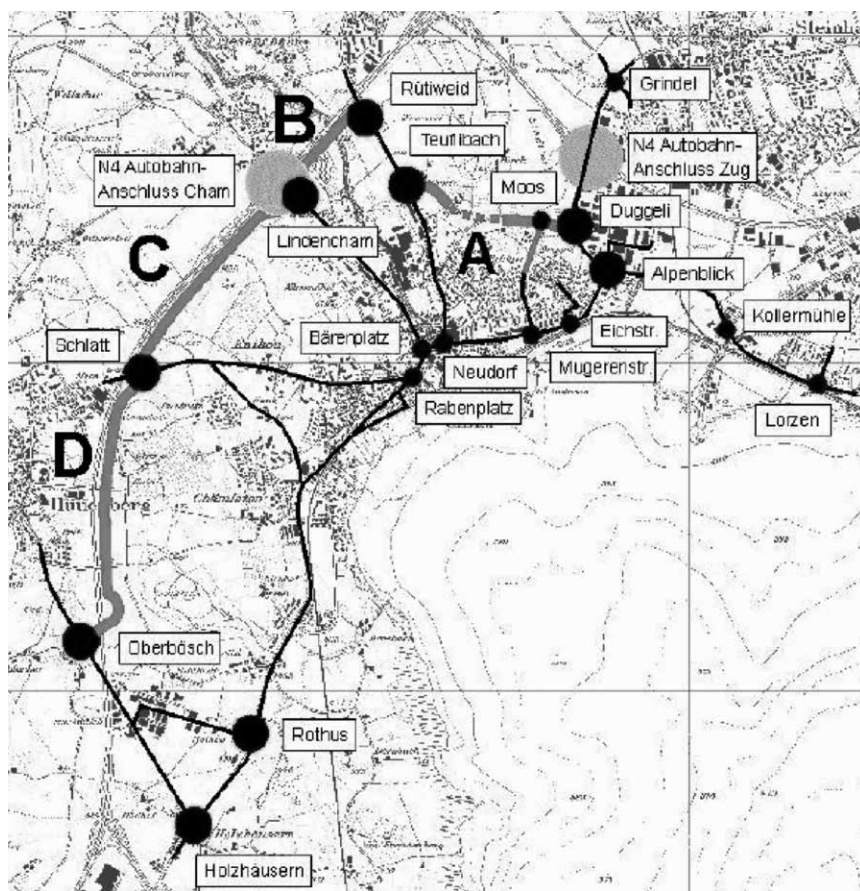
Nach über 15 Jahren seit der Abstimmung über den Planungs- und Baukredit für die UCH hat sich die Weltlage nochmals drastisch verändert. Der Krieg in der Ukraine und die Klimaerwärmung haben riesige Auswirkungen auf unsere Nahrungproduktion. Zudem wird unsere Abhängigkeit von Rohstoffen aus dem Ausland immer grösser. Auch herrschen in vielen Branchen Liefer-

engpässe, welche durch überdimensionierte Strassenbauprojekte noch zusätzlich verschärft werden.

So feiert der Kanton Zug unbeirrt den Start der Baustelle «Umfahrung Cham-Hünenberg», bei der mindestens 10 Hektaren bestes Ackerland der lokalen Nahrungsmittelproduktion entzogen werden.

Einerseits stimmt es uns zwar zuversichtlich, dass die UCH auf der

bereits zwei Jahre auf sich warten lässt. Weiter sind im Jahr 2022 wiederum insbesondere Forderungen nach der Umfahrung Unterägeri sowie nach einem Stadttunnel Zug laut geworden. Wir werden gefordert sein, dass nicht noch weiter unbeirrt in grosse Strassenbauprojekte investiert wird und dadurch letztlich noch mehr motorisierter Individualverkehr generiert wird.



Geplante Umfahrung Hünenberg-Cham. Bild: [www.swisstraffic.ch](http://www.swisstraffic.ch)

projekteigenen Webseite [uch-zg.ch](http://uch-zg.ch) als letztes Teilprojekt der kantonalen Gesamtverkehrsplanung (welche sich mit dem Nein zum Stadttunnel jedoch stark verändert hat...) bezeichnet wird. Doch andererseits ist uns auch bewusst, dass aus Gründen der kontroversen Verkehrspolitik das Mobilitätskonzept des Regierungsrats nun

### Die Erfolge des Machers

Die «Erfolge» des ehemaligen Baudirektors Heinz Tännler basieren insbesondere darauf, dass er zwei lange erfolgreich verhinderte Bauprojekte zur Realisierung brachte. So kann er sich als Macher behaupten. Dabei berücksichtigte er jedoch nicht, dass dafür ein fast grenzenloser Ver-

12

brauch von Rohstoffen, Flächen und Energien erforderlich ist und den Menschen freie Fahrt mit dem motorisierten Individualverkehr (MIV) suggeriert wird.

Denn Umfahrungsstrassen wie die Umfahrung Cham-Hünenberg, Unterägeri oder der Stadttunnel Zug lösen die aktuellen Verkehrsprobleme langfristig nicht ausreichend und es handelt sich dabei nicht um angebotsorientierte Planungen – im Gegenteil. Sie fördern den MIV und dessen externe Kosten werden nur verlagert. In Bezug auf den MIV braucht es eine angebotsorientierte Verkehrspolitik. Nicht die steigende Nachfrage an Mobilität darf den Umgang mit

der Strassenverkehrsinfrastruktur bestimmen, sondern ein siedlungsverträgliches, wirtschaftliches Angebot, das sich an Kapazitätsgrenzen orientiert. Dieses schliesst die Anwohner:innen und alle, die den Raum nutzen, mit ein. Das Verkehrsangebot soll sich daher vor allem an den natürlichen und nachhaltigen Kriterien ausrichten.

Effektive Alternativen zur Bewältigung des wachsenden Verkehrsaufkommens sollten im Prinzip überall bekannt sein. Jedoch entsprechen sie bekanntlich nicht dem liberalen, konservativen Gedankengut. Mit der Erhöhung der Verkehrskapazität wird das Wachstum bekanntlich gefördert.

Jedoch ist der MIV grundsätzlich zu vermeiden und unvermeidbare MIV-Fahrten sind möglichst mit einem gemeinschaftlich basierten Beförderungssystem zu fördern. Umfahrungen oder grundsätzlich neue Strassenbauprojekte sind daher kaum mehr gerechtfertigt, wie es auch die vielen umweltrechtlichen Ausnahmen bei den neueren grösseren Strassenbauprojekten im Kanton Zug (z.B. bei der Tangente Baar-Zug sowie der Umfahrung Cham-Hünenberg) exemplarisch gezeigt haben. ■

### Artikel im BULLETIN-Archiv

Die Alternative – die Grünen Zug war die Partei, die den «Strassenbauern» im Kanton stetig auf die Finger schaute. Wir verweisen auf den Artikel im BULLETIN-Archiv «Abstimmung Umfahrung Cham-Hünenberg», erschienen im BULLETIN, März 2007, nach der Abstimmung zur Umfahrung Cham-Hünenberg.

#### Stellungnahme der Alternative Kanton Zug zur kantonalen Abstimmung über den 230-Millionenkredit UCH

Die Alternative Kanton Zug bedauert die Annahme des 230-Millionenkredites für die so genannte Umfahrung Cham-Hünenberg.

Das Zufallsmehr von 0,3 Prozent in Kombination mit der teilweise deutlichen Ablehnung durch eine klare Mehrheit der Zuger Gemeinden (7 von 11) ist alles andere als eine Carte Blanche für weiteren Strassenbau. Offenbar ist für eine Mehrheit der Gemeinden das Kosten-Nutzenverhältnis dieses Projektes ungenügend gewesen. Die Regierung und die betroffenen Gemeindeexekutiven sind gut beraten, die beiden umstrittenen Kammern A und D nochmals zu überdenken.

Der angesichts des Klimawandels und der schwindenden Ölreserven angesagte Paradigmenwechsel in der

Verkehrspolitik braucht Zeit. Wir werten das Zufallsergebnis als nicht zu übersehendes Wetterleuchten am Horizont, das uns für die weitere Zukunft Zuversicht gibt.

Leider ist die Strategie der Strassenbaulobby knapp aufgegangen: den geplanten Autobahnausbau so gut es geht verschweigen und den beiden betroffenen Gemeinden Cham und Hünenberg damit drohen, dass bei einem Nein nichts mehr getan werde. Letzteres erklärt trotz der sehr deutlich spürbaren Skepsis in der Ennetseebevölkerung die Annahme des Projektes durch Cham und Hünenberg.

Mit ausschlaggebend für die Annahme ist die sehr ungleiche Verteilung der Abstimmungsressourcen. Die massive Propagandawalze, zu einem rechten Teil staatlich finanziert und auch mit unwahren Behauptungen agierend, hat gewirkt. Insbesondere die mit Steuergeldern finanzier-

te so genannte Ennetseezeitung in alle Haushaltungen wird hier noch ein Nachspiel haben. Zu erwähnen ist, dass die beiden Gemeinden Risch und Steinhausen die Vorlage ablehnten und damit das Vorgehen ihrer Gemeinderäte bezüglich Ennetseezeitung desavouierten.

Immerhin darf festgestellt werden, dass die seit längerer Zeit laufende Stimmungsmache, jetzt müssten endlich wieder Strassen gebaut werden, nur beschränkt verfangen hat. Das knappe Zufallsergebnis beinhaltet noch eine andere politische Botschaft: es gibt derzeit nur einen einzigen anderen Ort mit ähnlichem Leidensdruck wie Cham: das historische Stadtzentrum von Zug. Alle anderen Strassenprojekte ausser dem Stadttunnel stehen nun bezüglich Kosten-Nutzen-Verhältnis auf dem Prüfstand, und damit auch die Prioritäten im kantonalen Richtplan. Wir Alternativen bleiben dran!



Der auf «grün» getrimmte Leporello der Baudirektion – Abstimmungspropaganda mit Steuergeldern. Propaganda, die das Abstimmungsgesetz verletzt.

### Die Autoren

Ivo Egger und Philipp Kissling sind Vorstandsmitglieder des Verkehrsclub Schweiz (VCS) Sektion Zug. Ivo Egger ist zudem Kantonsrat der Alternativen – die Grünen Baar.



# Licht ins Dunkel

Luzian Franzini, Kantonsrat Zug

**Über die genauen Zahlen lässt sich nur spekulieren, doch bis zu einer Million Franken geben Kantonal- und Ortsparteien sowie Kandidierende im Kanton Zug für ihren Wahlkampf in diesem Herbst aus. Wer finanziert diese Materialschlacht? Licht ins Dunkel soll die Transparenzinitiative der Jungen Alternativen bringen, welche im August eingereicht wurde.**

Mit über 2000 Unterschriften standen die Jungen Alternativen, gemeinsam mit einer Allianz aus ALG, JUSO, GLP, JGLP und PARAT am 2. August 2022 vor dem Regierungsgebäude. Seit der Lancierung der Transparenzinitiative im Jahr 2019 ist viel passiert. Während

ab einer Höhe von 15000 Franken offenlegen. Parteien haben auch offenzulegen, welche Mandatsträger\*innen mit Parteigeldern unterstützt werden. Die Offenlegungspflicht der Spenden wird mit Stichkontrollen überprüft. Somit lassen sich krasse Fälle aus



Am 2. August 2022 wurde die Zuger Transparenzinitiative eingereicht. Die Parteien im Kanton Zug sollen ihre Finanzen und Interessensbindungen offenlegen.

der Bundesrat noch im letzten Jahr verlauten liess, dass Transparenzregelungen nicht mit den Eigenheiten des Schweizerischen Politsystems vereinbar seien, verabschiedete die Bundesversammlung einen indirekten Gegenvorschlag zur nationalen Transparenzinitiative, welche nun zurückgezogen werden konnte.

## Endlich Transparenz

Bei den nationalen Wahlen 2023 müssen Parteien und Komitees Beiträge

der Vergangenheit künftig wohl verhindern. Bei der Abstimmung zum Geldspielgesetz im Juni 2018 liess sich beispielsweise ein bürgerliches Komitee aus Jungfreisinnigen, Jungen Grünliberalen und der Jungen SVP das Sammeln des Referendums von der europäischen Casinobby mit 500000 Franken vergolden. Als sie danach behaupteten, dass für den Abstimmungskampf kein weiteres Geld mehr geflossen sei, deckte die Sendung 10 vor 10 weitere Zahlungen

auf. Der genaue Betrag bleibt bis heute im Dunkeln, man geht jedoch von einem Millionenbetrag aus.

13

## Die Zuger Initiative geht noch weiter

Die Zuger Transparenzinitiative fordert einerseits, dass Budgets von Parteien und Organisationen, die sich politisch engagieren, veröffentlicht werden, andererseits sollen Grossspenden ab 5000 Franken von Privatpersonen und ab 1000 Franken von juristischen Personen öffentlich gemacht werden. Weiter sollen Kandidierende sowie gewählte Mandatsträger\*innen künftig ihre Interessensbindungen offenlegen.

## Positive Beispiele in anderen Kantonen

Zuversichtlich auf die Abstimmung im Kanton Zug blicken lässt sich dank der vielen positiven Beispiele in den anderen Kantonen. So gibt es dank ausserparlamentarischem Druck bereits im Tessin, in Genf, Neuenburg, Schwyz und Freiburg Vorschriften für das Offenlegen von Komitee- und Parteienbudgets. Auch der Erfolg der nationalen Transparenzinitiative und die breite Akzeptanz des Anliegens in der Bevölkerung stimmt optimistisch.

## Nur die ALG macht ihre Budgets öffentlich

Stimmbürger\*innen haben das Recht zu wissen, welche wirtschaftlichen Interessen hinter Parteien und Kampagnen stehen. Bleibt zu hoffen, dass auch das Zuger Stimmvolk wissen will, welche Unternehmen und Partikularinteressen Einfluss auf die Zuger Parteien haben, und dass die ALG künftig nicht mehr die einzige Partei sein wird, welche ihre Interessensbindungen und Finanzen systematisch öffentlich macht. ■

# Ökologische Transformation

Redaktion BULLETIN

14

**Die Medien titeln täglich zu irgendwelchen Aspekten einer möglichen Energieknappheit im kommenden Winter, mal geht es um Gas, dann wieder um Strom oder Heizöl. Sündenböcke werden gesucht oder benannt und Massnahmen gefordert.**

Die Ausgangslage ist trist, aber nicht neu. Unser Energiekonsum ist zu hoch. Bisher konnten wir Energie billig kaufen, am Geld hat es nicht gefehlt. Nun aber ist international die Nachfrage grösser als das Angebot, darum steigen die Preise und die Angst vor Versorgungslücken.

## 5 Jahre Energiestrategie

Am 21. Mai 2017 sagte die Schweizer Bevölkerung Ja zu einer ökologischen

Transformation, der Energiestrategie 2050. Wo steht inzwischen die Energiewende? Leider waren die Ziele zu wenig ambitioniert, trotzdem kam Hoffnung auf. Die Zwischenziele für das Jahr 2020 wurden erreicht: Rückgang des Energieverbrauchs um 12 Prozent (bei gleichzeitigem Bevölkerungswachstum von 20 Prozent) gegenüber dem Jahr 2000, Ausbau der erneuerbaren Energien um fast fünf Terawattstunden, wobei der Ausbau

von Wind- und Wasserkraft sowie Geothermie unter den Erwartungen blieb, jener von Solarenergie dafür viel höher ausfiel. Dazu die Stilllegung eines Schweizer AKW. 2017 ging der Bund noch davon aus, dass rund die Hälfte des Atomstroms durch Importe wettgemacht werden könne und beim Klimawandel noch viel Zeit bliebe. Mittlerweile ist klar, dass die Erderwärmung maximal 1,5° C betragen darf, wenn irreversible Schäden ausbleiben sollen. Mit einem gescheiterten EU-Rahmenabkommen und mit einer Gaskrise, die Energieimporte schwierig und teuer machen, rechnete niemand. Und die Energiestrategie hat weitere blinde Flecken: Der Energieverbrauch, den Schweizer\*innen über Produktimporte im Ausland verursachen, steigt stetig an. Der Schutz der Artenvielfalt droht zunehmend unter die Räder zu kommen, die Risiken eines Atomunfalls erhöhen sich (Laufzeitverlängerungen für AKW). In einem White Paper (s. Kasten) empfiehlt die SES der Politik, sich auf drei Handlungsstrategien zu konzentrieren: mit der eingeleiteten Solarifizierung durchstarten, Instrumente implementieren, die den Ausstieg aus den fossilen und nuklearen Energiequellen adressieren, terminieren und sozial- und wirtschaftspolitisch abfedern, und auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene Anreize schaffen, die dazu beitragen, den Energieverbrauch strukturell zu vermindern (Verkehr, Raum- und Ortsplanung, Wohnen, Konsum usw.). Es gibt also noch viel zu tun!



Uralt-Kraftwerk Beznau.



Auch kleine Anlagen sind nötig.

## Energiekonsum der Schweiz

Die schweizerische Gesamtenergiestatistik umfasst zwar alle Energieträger, jedoch nicht die Energie, welche im Ausland für die von uns gekauften Güter aller Art aufgewendet wurde. Energetisch ist die Schweiz zu etwa 70 Prozent vom Ausland abhängig, Tendenz sinkend. Von den im Inland vorhandenen Energieträgern werden neben Müll und Industrieabfällen in erster Linie erneuerbare Quellen



genutzt, also Wasserkraft, Brennholz, Sonne, Wind, Biogas, biogene Treibstoffe und Umweltwärme. Importiert werden hingegen Erdöl (Rohöl, Brenn- und Treibstoffe), Erdgas, Kohleprodukte, nukleare Brennelemente und im Winterhalbjahr Elektrizität. Der Energie-Unabhängigkeitstag für die Schweiz war 2022 der 12. April, also nur bis zu diesem Datum würde die einheimische Energie ausreichen. Mit der Zunahme der elektrisch betriebenen Motorfahrzeuge nimmt der Bedarf an fossilen Treibstoffen ab, nachhaltige Anlagen für die Bereitstellung der nötigen elektrischen Energie werden aber nicht im selben Tempo realisiert.



Gilt auch für den Handelsplatz Zug!

### Hindernisse in der Versorgung

Ungefähr die Hälfte des Gasimports für die Schweiz kommt aus Russland, die andere Hälfte aus Europa. Die Gasversorgung ist also aktuell unsicher. Beim Erdöl werden rund 39 Prozent aus Nigeria geliefert, 32 Prozent aus den USA und ungefähr 24 Prozent aus Libyen. Elektrische Energie bezieht die Schweiz im Winter (Export im Sommer) aus Frankreich und Italien. Da aktuell in Frankreich nur etwa 30 von 56 Kernkraftwerken Strom liefern können (Wartungs- und Reparaturarbeiten), wird mit höheren Strompreisen zu rechnen sein. Bei in der Schweiz nachhaltig produziertem Strom ist mit ca. 60 Prozent immer noch die Wasserkraft Hauptlieferant. Sonne, Wind, Biogas etc. liefern erst etwa 8 Prozent.

### Sonderfall Erdgas

Erdgas macht rund 15 Prozent des Endenergieverbrauchs der Schweiz aus. Wichtigste Einsatzgebiete sind Heizen und Warmwasseraufbereitung in Privathaushalten und Dienstleistungsbetrieben. In der breiten Öffentlichkeit war Erdgas jahrzehntelang kein Thema, weder politisch noch im Zusammenhang mit der Klimaproblematik. Genauso wie Erdölprodukte gehört aber auch das Erdgas zu den fossilen Energieträgern, deren Einsatz wir zum Schutz des Klimas beenden müssen. Alternativen für die bisher mit Erdgas betriebenen Heizungen wären Wärmepumpen, Holzpelletheizungen oder der Wärmebezug aus einem Wärmeverbund. Da bis vor kurzem die Gasverteilnetze noch weiter ausgebaut wurden, haben die verschiedenen kommunalen Energieversorger kein Interesse an Veränderungen. Sie wollen ihre Investitionen weiter nutzen. Mit steigendem Gaspreis und drohenden Lieferengpässen steigt jetzt aber die Nervosität der Endkunden. Der Verband der Schweizer Gasindustrie prognostiziert bis 2050 eine klimaneutrale Gasversorgung mit erneuerbaren Gasen (Biogas, Biometan, synthetisches Biometan und grüner Wasserstoff). Energiefachleute und -expert\*innen zweifeln.

### Falsche Lösungsansätze

Bauen statt Konsum reduzieren: In der Schweiz diskutieren wir über alternative Energieträger oder Energiegewinnung, nicht aber über das wirkliche Energiesparen. Ein E-Auto für den Wochenendausflug in die Südschweiz spart keine Energie und mindert vielleicht nicht einmal den CO<sub>2</sub>-Ausstoss, weil die Stromherkunft nicht berücksichtigt wird. ÖV funktioniert zwar in der Schweiz, aber die eigene Kutsche ist offenbar viel wichtiger.

Die Schweiz ist bezüglich Produktion von Wind- und Solarstrom das Schlusslicht in Europa. Dafür gibt es mehrere Gründe:



Fotovoltaik und Wasserkraft passen zusammen.

- Man baut viele Solaranlagen noch nicht, man wartet auf einen staatlichen Fördertopf.
- Die staatlichen Mühlen mahlen langsam, das ist der Preis der Demokratie.
- Je nach Kanton sind Bewilligungsprozeduren mehr oder weniger bürokratisch und langsam.
- Natur- und Landschaftsschutz müssen berücksichtigt werden, ohne damit gleich alles zu verhindern.
- Dominante politische Kräfte haben sich noch nicht mit dem Ausstieg aus der Kernenergie abgefunden und verzetteln ihre Kräfte mit Laufzeitverlängerungen und Träumen von neuen Kernkraftwerken. Grosse Stromversorgungsunternehmen wie Axpo und Alpiq haben berechnet, dass Kernenergie im Vergleich zu erneuerbaren Energien viel zu teuer ist. (Rechnet man die Baukosten für die Anlagen mit ein, ist Atomstrom heute rund viermal teurer als Wind- oder Solarstrom.) Neue Kraftwerke in England und Finnland kosten mehrere Milliarden mehr als geplant und sie werden um Jahre verspätet ans Netz gehen. Im





WWZ-Energiezentrale Unterfeld.

Gegensatz zur EU zählt Kanada (Uranproduzent!) die Atomindustrie nicht mehr zu den nachhaltigen Investitionen. Trotzdem argumentieren in der Schweiz verschiedene Politiker (besonders hartnäckig Albert Rösti) weiterhin mit Kernkraftwerken gegen die Energiekrise. Monika Rühl von Economiesuisse schreibt: «Neben allen Erneuerbaren kommt da eben auch die Kernenergie ins Spiel. Sie bietet uns vor allem im Winter eine

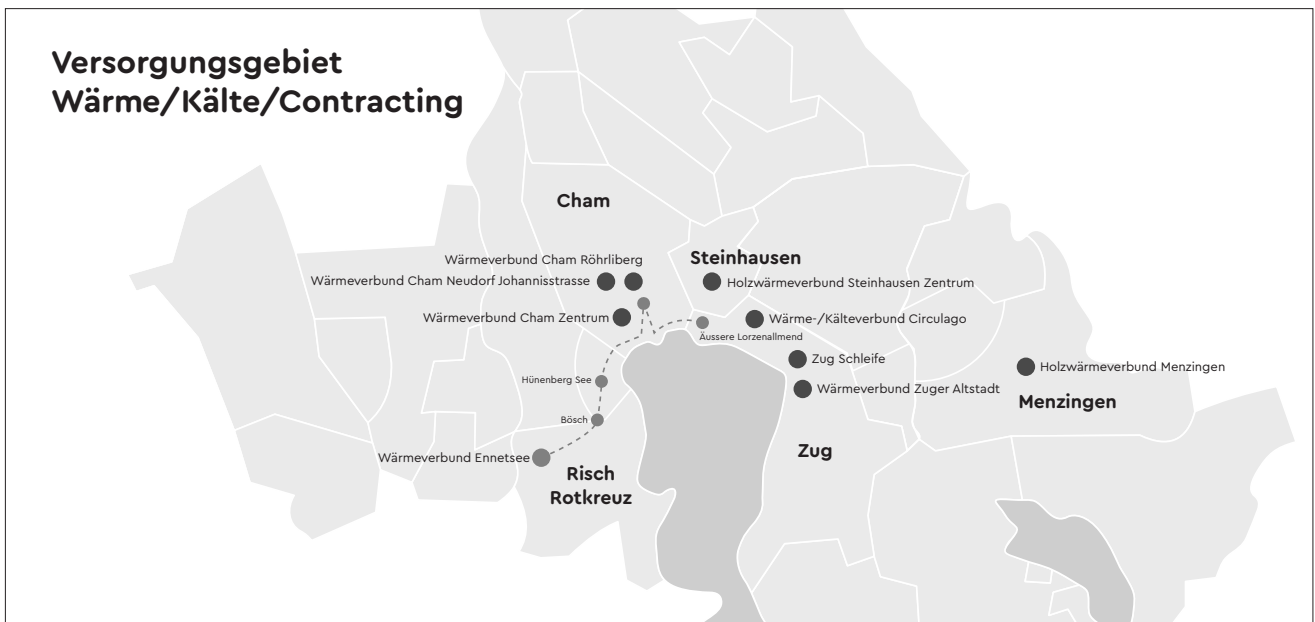
sichere Versorgung und ist unsere Versicherung, falls der Ausbau der Erneuerbaren weiterhin stockt. Entsprechend wäre es fahrlässig, sie nicht in die Überlegungen zur Versorgungssicherheit einzubeziehen und voreilig Türen zu schliessen.»

Für Heizen und Warmwasser ist der Erneuerungsbedarf gross, die Trägheit von Hausbesitzern und Installateuren noch grösser. In die Reparatur alter Systeme wird viel Geld investiert, neue Heizsysteme werden nur zögerlich bestellt. Wärmeverbund-Lösungen mit unterschiedlichen Wärmequellen werden gebaut (Circulago in Zug oder Wärmeverbund Ennetsee, Holzwärmeverbund Steinhausen, Wärmeverbund Röhrliberg Cham, Wärme- und Kälteverbund Cham Zentrum, Fernwärmenetz der Altstadt Zug, Holzwärmeverbund Menzingen) und funktionieren zuverlässig, mit bis zu 93 Prozent erneuerbarer Energie. An neuen Projekten wird gearbeitet, an den bestehenden Netzen können noch weitere Kunden angeschlossen werden. Das BULLE-

TIN wird in einer späteren Nummer zur Situation «Heizen und Warmwasser» im Kanton Zug detaillierter berichten.

**Klimaziele**

Originaltext SES: «Gemäss CO<sub>2</sub>-Gesetz hätten die Treibhausgasemissionen der Schweiz zwischen 1990 und 2020 um 20 Prozent sinken sollen. Das Ziel wurde trotz Corona-Effekt und warmem Winter knapp verfehlt. Das ist peinlich, weil das Ziel alles andere als ambitioniert war. Aus klimawissenschaftlicher Sicht ist klar, dass das Tempo bei der Reduktion der Emissionen rasch zunehmen muss. Übrigens: Der internationale Flugverkehr ist dabei noch nicht mal berücksichtigt. Er verursachte 2019 satte 28 Prozent der Klimawirkung, mehr als der Strassenverkehr. Nach dem pandemiebedingten Einbruch 2020 wird sein Einfluss wieder zunehmen.»  
«Wie viel Strom auf Dächern produziert werden kann, hat das Bundesamt für Energie (BFE) 2018 untersucht: 50 Terawattstunden (TWh) lautet das Resultat. 2020 publizierte die ETH Lausanne einen anderen Wert:



WWZ-Versorgungskarte.

24 TWh ( $\pm 9$  TWh). Zum Vergleich: 2020 wurden in der Schweiz knapp 60 TWh Strom verbraucht. Seither wird immer wieder angezweifelt, ob das Solarpotenzial auf Dächern für die Energiewende überhaupt ausreicht. Ungerechtfertigterweise, wie eine Untersuchung des Photovoltaik-Experten Lars Huber nun zeigt. «Selbst vor zehn Jahren wurde bereits anders gebaut, als die EPFL in ihrer Studie von 2020 annimmt. Diese erweckt den Anschein, dass bei deren Erstellung das Photovoltaik-Fachwissen gefehlt hat», schreibt Huber auf seiner Website [pv2grid.ch](http://pv2grid.ch). Die Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften hat das Potenzial nun neu berechnet und ähnliche Werte wie das BFE erhalten. «Für die weitere energiepolitische Diskussion können wir mit gutem Gewissen von einem Potenzial von rund 50 TWh auf den Hausdächern ausgehen», wird Studienleiter Jürg Rohrer in der «NZZ am Sonntag» zitiert. Lars Huber merkt an, dass in all diesen Erhebungen viele Flächen ausgeschlossen werden, welche in der Realität seit Jahren aktiv verbaut werden. Es gibt also noch Luft nach oben. Damit wäre diese Frage also geklärt: Das Potenzial ist vorhanden. Sorgen wir jetzt dafür, dass es rasch genutzt wird.»

### Lösungen jetzt

Was jetzt zählt ist Handeln. Handeln, nicht warten auf bessere Zeiten, bessere Rahmenbedingungen oder was auch immer:

- ab sofort keine Baubewilligungen mehr für Projekte, welche bezüglich erneuerbarer Energien nicht optimiert sind; Anschluss an Fernwärmesysteme, moderne Gebäudeisolation, Fotovoltaik auf Dächern und an Fassaden, Umgebungsbepflanzung;
- öffentlichen Verkehr bevorzugen, Individualverkehr mehr besteuern. ■

## UNSERE ENERGIE

**Wir haben die Sonne, den Wind, das Wasser – und DEN WILLEN. Daraus schöpfen wir die Energie für morgen. Eine Energie, die unseren Kindern nicht die Zukunft raubt. Dafür setzen wir uns ein. FÜR DEN ENERGIEWANDEL statt Klimawandel. Wir begeben uns auf neue Wege und auf Velowege. Wir fahren voraus und mit Strom. Wir verheizen nicht unsere Erde, sondern schützen ihre Lunge. Das Zeitalter der VERSCHWENDUNG KNIPSEN WIR AUS. Wir achten auf Lokales, Nachhaltiges – und wenn wir reisen, dann entspannt.**

## RETTET DAS

**Setzen wir auf Verzicht? Wir setzen auf den GEWINN ALLER. Diese Überzeugung bringt uns zusammen. Für ein gemeinsames Ziel. Klar, dafür müssen wir etwas investieren, aber wenn wir diese Verantwortung nicht übernehmen, kostet es uns alles. WIR WARTEN NICHT auf die Politik. Wir machen sie. Wir stehen für eine neue Energie und tragen sie nach Bern. Die Schweiz kann Teil der Lösung sein. Was wir im Kleinen bewegen, möchten wir auch im Grossen bewirken. Für unsere Heimat, für unseren Planeten. Dies soll UNSER KLIMAABKOMMEN sein. Mit uns selbst. Mit unseren Kindern.**

## KLIMA.

www.klima-manifest.ch Schweizerische Energie-Stiftung SES www.energiestiftung.ch Klimaneutral gedruckt auf 100% Recyclingpapier BalancePrint® FSC

Klimamanifest,  
Schweizerische Energie-  
Stiftung SES

17

### Mehr Informationen, Quellen

Magazin der Schweizerischen Energiestiftung SES Nr. 2/2022:

[energiestiftung.ch/files/energiestiftung/energie-umwelt/pdf/e-u\\_2\\_2022.pdf](http://energiestiftung.ch/files/energiestiftung/energie-umwelt/pdf/e-u_2_2022.pdf)

SES White Paper, 5 Jahre Energiestrategie 2050:

[energiestiftung.ch/files/energiestiftung/Studien/2022\\_WP\\_ES2050/20220531\\_WhitePaper.pdf](http://energiestiftung.ch/files/energiestiftung/Studien/2022_WP_ES2050/20220531_WhitePaper.pdf)

Schweizerische Energie-Stiftung SES auf Youtube: Diverse Videos der Reihe «Fakten auf den Tisch». Gesamtenergiestatistik:

[bfe.admin.ch/bfe/de/home/versorgung.html](http://bfe.admin.ch/bfe/de/home/versorgung.html)

Medienmitteilung zur Stromversorgung von Economiesuisse:

[economiesuisse.ch/sites/default/files/articles/downloads/220330\\_MK\\_Stromversorgung.pdf](http://economiesuisse.ch/sites/default/files/articles/downloads/220330_MK_Stromversorgung.pdf)

Verband der Schweizerischen Gasindustrie: [gazenergie.ch/de](http://gazenergie.ch/de)

WWZ: [wwz.ch/de/ueber-wwz/wwz-gruppe](http://wwz.ch/de/ueber-wwz/wwz-gruppe)

### Bilder

AKW Beznau: Wisi Greter auf Flickr  
NO: SES-Magazin / Solarpaneele: Hansruedi Küttel / Staumauer: AlpineSolar / Energiezentrale/Versorgungskarte: WWZ

### Klimamanifest unterstützen!

[www.energiestiftung.ch/klima-manifest](http://www.energiestiftung.ch/klima-manifest)

# Modern ist anders

Luzian Franzini, Kantonsrat Zug

18

**Der Zuger Kantonsrat hat ein neues Gesetz über die Arbeitsbedingungen der Zuger Staatsangestellten verabschiedet. Vorstösse für eine moderne Familienpolitik scheiterten allesamt.**

Die Alternative – die Grünen begrüsst die Reform im Grundsatz. Denn mit dem Gesetz soll ein zeitgemässes Lohnsystem mit Referenzfunktionen und Einreihungsplan implementiert werden. Erfreulicherweise werden auch der Ferienanspruch für das Verwaltungs- und Gerichtspersonal sowie die Entlastungslektionen für das Lehrpersonal ausgebaut. Bei Letzteren setzte der Zuger Kantonsrat in seiner Debatte jedoch den Rotstift an. Dieser Entscheid ist doppelt falsch.

Staatspersonal. Seit 2009 hat keine generelle prozentuale Anpassung bzw. Erhöhung der gesetzlich festgeschriebenen Lohnskalen mehr stattgefunden. Auch hier findet faktisch ein Kaufkraftverlust statt, denn im nächsten Jahr drohen Prämienanstiege bei der Krankenkasse von 5,3 Prozent und auch die horrenden Mietpreise machen den Zuger\*innen zu schaffen. So ist es auch keine Überraschung, dass 60 Prozent des Zuger Staatspersonals nicht im Kanton Zug wohnhaft



Einerseits stagnierten die Löhne der Lehrpersonen in den letzten Jahren, faktisch gab es in den letzten Jahren sogar einen Realkaufkraftverlust. Mit dem aktuellen Lehrer\*innenmangel ist die Sachlage eigentlich klar: Ohne deutliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen ist die Schweizer Bildungsqualität in Gefahr.

**Antrag für Lohnanpassung gescheitert**  
Keine Chance hatte der Antrag der ALG für eine allgemeine Lohnanpassung von 2,5 Prozent beim Zuger

ist. Die ALG ist jedoch davon überzeugt, dass Verwaltung und Schulen bürgernaher funktionieren, wenn die Arbeitnehmer\*innen auch selbst hier im Kanton Zug wohnen.

## **Keine Modernisierung der Familienzulagen**

Auch in Bezug auf die Gleichstellungs- und Familienpolitik hatten die Anträge der Alternative – die Grünen keine Chance. Bereits der Vorschlag des Regierungsrats war mutlos, weil dieser auf die Modernisierung der

Familienzulagen verzichtete. Diese sind noch immer völlig auf ein Modell ausgerichtet, in dem ein Haupternährer eine Familie finanziert. Um Teilzeitarbeit zu fördern, beantragte die Alternative – die Grünen deshalb, dass eine pensenabhängige Sozialzulage ausbezahlt wird, wie dies beispielsweise der Kanton Luzern praktiziert. Auch ein Vaterschaftsurlaub, der den mittlerweile in der Privatwirtschaft – besonders bei Grosskonzernen – fest etablierten vier Wochen entspricht, fand im Kantonsrat keinen Anklang.

## **Bestmögliche Verwaltung anstatt Mittelmass**

Zug gibt sich in wirtschaftlichen Belangen, z.B. als Crypto- oder Rohstoffstandort, nicht mit Mittelmass zufrieden. Bei den Arbeitsbedingungen, insbesondere in der Familienpolitik, ist Mittelmass für die rechtsbürgerliche Mehrheit im Kantonsrat jedoch mehr als genug. Dies ist angesichts des Eigenkapitals von 1,6 Milliarden Franken umso absurder. In der zweiten Lesung wird sich die ALG gemeinsam mit den Gewerkschaften dafür einsetzen, dass dieses Geld zumindest zu einem kleinen Teil auch in den Service Public investiert wird. Die Zuger Bevölkerung verdient die bestmögliche Verwaltung mit den besten Leuten. ■



# AHV 21 Nein

Manuela Weichelt, Nationalrätin Alternative – die Grünen

**Die AHV-21-Reform kürzt die Renten der Frauen bis in zehn Jahren um sieben Milliarden, obwohl sie im Durchschnitt bereits einen Drittel tiefere Renten haben. Das ist absolut inakzeptabel.**

Für viele Menschen mit kleinen Einkommen ist die AHV-Rente entscheidend für ein würdiges Leben nach der Pensionierung. Für einen Drittel aller Frauen ist sie sogar die einzige Altersvorsorge.



## Wie geht es der AHV wirklich?

In den 2000er-Jahren prognostizierte der Bund Milliardendefizite in der AHV. Die Angstszensarien haben sich bisher nicht bewahrheitet. Die AHV schloss sogar die schwierigen Corona-Jahre mit einem Plus von rund zwei Milliarden Franken ab. Sie hat heute ein Vermögen von fast 50 Milliarden Franken – und dieses wird in den nächsten fünf Jahren sogar noch zunehmen.

## Warum geht es der AHV besser als gesagt wird?

Dafür gibt es drei Erklärungen: Fehler in den Prognosen, wirtschaftliche Eigeninteressen der Prognostiker\*innen und die Bereitschaft von Politiker\*innen, die Probleme der AHV zu lösen, wenn es nötig ist. Zwischen 1975 und 2020 kam die AHV ohne Erhöhung der Lohnbeiträge aus – obwohl sich die Zahl der Rentner\*innen im gleichen Zeitraum mehr als verdoppelt hat. Dies ist möglich, weil wir nicht nur

älter, sondern auch produktiver werden. Heute erarbeitet eine beschäftigte Person pro Stunde durchschnittlich dreimal mehr als 1948.

## Nicht auf Kosten der Frauen

Einig sind wir uns, dass die AHV finanziell gesichert werden muss. Strittig ist, ob diese Sicherung ausgerechnet auf Kosten der Frauen geschehen muss, welche bereits heute einen Drittel weniger Altersrente erhalten und deren BVG-Renten im Durchschnitt halb so hoch sind wie diejenigen der Männer. Auf den ersten Blick erscheint die formale Gleichstellung der Geschlechter zeitgemäss, doch mit der tatsächlichen Gleichstellung in der Arbeitswelt hapert es gewaltig. Die meisten Frauen würden von diesen Rentenkürzungen daher hart getroffen.

## Gleichstellung in ferner Sicht

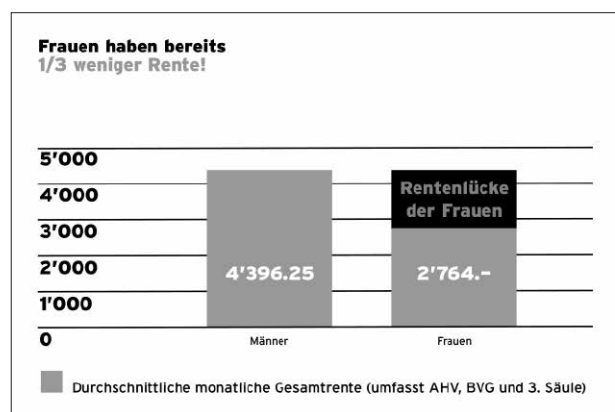
Lohnungleichheit: Laut der Lohnstrukturerhebung des BfS besteht eine unerklärbare Lohn Differenz von 8 Prozent zwischen den Geschlechtern. Frauen fehlen also im Durchschnitt 684 Franken Lohn pro Monat, nur auf Grund ihres Geschlechts. Fehlender Lohn bildet keine Rente! Frauen erhalten heute vor allem aufgrund der 2. Säule im Durchschnitt 37 Prozent weniger Rente als Männer, ihre mittlere Pensionskassenrente beträgt sogar nur die Hälfte. Die Frauen beziehen schon bei Rentenanstritt doppelt so häufig Ergänzungsleistungen. Altersarmut ist weiblich. Wer, wie die meisten Frauen, die Erwerbsarbeit für Betreuungs- und

Pflegearbeit unterbricht, Teilzeit oder im Tieflohnsegment arbeitet, steht auch im Alter auf der Verliererinnenseite. Bei Lohngleichheit würden jährlich 825 Millionen mehr in die AHV fließen. Die Diskussionen bezüglich einer Zusatzfinanzierung wären überflüssig. Trotz allem möchte die Mehrheit von National- und Ständerat die Renten senken. Dies bedeutet für die Frauen, dass sie länger arbeiten und gegenüber heute mit einem Verlust von 26 000 Franken rechnen müssen.

## Heutige Rentenhöhe verfassungswidrig

Gemäss Verfassung müssen die Renten der AHV den Existenzbedarf (Art. 112 BV) decken. Die 2. Säule soll zusammen mit der AHV die Fortsetzung der «gewohnten Lebenshaltung» ermöglichen (Art. 113 Abs. 2 Bst. a BV). Jedoch deckt die AHV weder den Existenzbedarf, noch deckt die BVG-Rente in vielen Haushaltungen den gewohnten Lebensbedarf. Mit den zukünftigen Rentenreformen noch viel weniger. Gleichzeitig steigen Mieten und Krankenkassenprämien. Während der Corona-Zeit wurden für die Initiative «13. AHV-Rente» erfolgreich Unterschriften gesammelt. Die Volksinitiative ist zu Stande gekommen und zurzeit auf der Traktandenliste der SGK.

Mein Fazit: NEIN zur unfairen AHV-21-Reform am 25. September! ■



Rentenlücke: Frauen erhalten im Durchschnitt 37 Prozent weniger Rente als Männer.

# Delegierte in Zug

Redaktion BULLETIN

20

Die Delegiertenversammlung der Grünen tingelt durch alle Landesteile der Schweiz und alle paar Jahre laden die Alternativen – die Grünen (ALG) nach Zug ein. Im August 2022 war es wieder so weit. Neben den zahlreichen Sachgeschäften gibt es immer auch einen geselligen Teil und die Gelegenheit, Verbindungen zu knüpfen. Viele der Delegierten sind schon seit Jahren dabei, man kennt sich.

Die Organisator\*innen hatten den Weg der Delegierten vom Bahnhof Zug zum Versammlungsort im Burgbachsaal so geplant, dass sie über den Landsgemeindeplatz vorbei am Stand der ALG zogen. Das sorgte für Aufsehen und Gespräche mit Passant\*innen. Balthasar Glättli wies in seiner Präsidentschaftsrede mehrfach auf die Rolle der Zuger Alternativen – die Grünen hin, die schon seit Jahrzehnten das Zuger

Offshore-Modell lautstark kritisieren – ein Modell, das auf kurzfristigen Profit ausgerichtet ist und auf Kungelei setzt: auf Kungelei mit Putin, mit russischen Staatsfirmen und deren Vertreter\*innen wie Gerhard Schröder und mit den Oligarchen von Putins Gnaden. Hier setzen die beiden verabschiedeten Resolutionen an, auf diese gehen wir auf einer der nächsten Seiten ein. Nun lassen wir die Bilder sprechen.









# Vereint gegen die Krise

Natalie Chiodi, Redaktion BULLETIN

22

**Erstmals in der Geschichte legen zwei Parteien ihre Initiativprojekte zusammen, um eine gemeinsame Initiative zu starten: Die Klimafonds-Initiative. Die Klimakrise ist DIE grosse Herausforderung unserer Zeit. Die Grünen und die SP sind überzeugt, dass diese Jahrhundertaufgabe nur mit parteiübergreifendem Druck angegangen werden kann. Die Klimafonds-Initiative verlangt massive öffentliche Investitionen in den Klimaschutz – und zwar jetzt.**

Mit der Klimafonds-Initiative soll der Schutz von Klima und Biodiversität konsequent und sozial gerecht vorangetrieben werden. Die Initiative sieht vor, dass der Bund jedes Jahr zwischen 0,5 und 1 Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP) oder 3,5 bis 7 Milliarden Franken in einen staatlichen Investitionsfonds für die ökologische Wende einlegt – und damit Massnahmen zum Schutz von Klima und Biodiversität unterstützt, die der dramatischen Lage Rechnung tragen. Mit dem Instrument des Klimafonds wird der Schutz von Klima und Biodiversität zur gesamtgesellschaftlichen Aufgabe. Diese Aufgabe kann nicht nur auf die Einzelnen abgewälzt werden und muss sozial gerecht gelöst werden. Bringen wir jetzt gemeinsam Schwung in die Schweizer Klima- und Umweltpolitik!

## Wieso ist die Klimafonds-Initiative wichtig?

Der neueste Bericht des Weltklimarats IPCC zeigt: Wetter- und Temperaturextreme nehmen immer stärker zu. Das Artensterben schreitet ungebremst voran. Jetzt soll mit der Klimafonds-Initiative zusätzlich Druck gemacht werden, damit die Schweiz den Schutz von Klima und Biodiversität endlich konsequent vorantreibt. Und damit das Thema nicht von der Agenda verdrängt wird – auch jetzt nicht, wo wir nach zwei Pandemie Jahren mit dem Krieg in der Ukraine vor einer weiteren riesigen Herausforderung stehen. Die Vorschläge des Bundesrats, wie die lasche Neuauflage des CO<sub>2</sub>-Gesetzes, sind völlig ungenügend, um der Doppelkrise von Klima und Biodiversität die Stirn zu bieten. Es braucht die

grüne Bewegung als treibende Kraft für einen ökologischen Wandel in der Schweiz und auch weltweit.



An der Delegiertenversammlung der Grünen Schweiz vom 26. März 2022 in Ziegelbrücke GL wird die Lancierung der Klimafonds-Initiative einstimmig beschlossen.

## Wie soll das gelingen?

Mit dem Klimafonds soll in den Klimaschutz, in die Aus- und Weiterbildung der dafür nötigen Fachkräfte und in Biodiversitätsprojekte investiert werden. So sollen die nachhaltige Mobilität gefördert, klimaschädliche Heizsysteme rascher ersetzt, das Energiesparen vorangebracht und die erneuerbaren Energien in der Schweiz entschiedener ausgebaut werden. «Es braucht jetzt den Druck aus der Bevölkerung, damit wir eine klimapositive Schweiz erreichen», ist Franziska Ryser, grüne Nationalrätin SG, überzeugt.

## Teil der Lösung werden

Die Schweiz ist ein kleines Land. Was können wir schon gegen den globalen

Klimawandel ausrichten? Diese Argumentation ist viel zu hören. Doch Fakt ist: Die Schweiz gehört weltweit zu den Ländern mit dem grössten Pro-Kopf-Ausstoss von CO<sub>2</sub>. Zudem ist sie eines der privilegiertesten Länder der Welt und somit in der Lage, eine Vorreiterrolle für den Klimaschutz zu übernehmen, neue Technologien zu entwickeln und die nötigen Fachkräfte auszubilden. Werden wir endlich Teil der Lösung! ■

## Sammel-Versprechen abgeben

Die Grünen und die SP sammeln bereits Sammelversprechen. Unter folgender Adresse kann man sich für die Sammlung einer Anzahl Unterschriften verpflichten, damit die Unterschriftensammlung und das weitere Vorgehen einfacher planbar sind.  
[gruene.ch/kampagne/klimafonds-initiative](https://gruene.ch/kampagne/klimafonds-initiative)

## Nächste Schritte

Sobald der Initiativtext bei der Bundeskanzlei eingereicht ist, geht es los mit der Unterschriftensammlung.

# Es reicht

Natalie Chiodi, Redaktion BULLETIN

**An der Delegiertenversammlung der Grünen Schweiz in Zug im August 2022 wurden zwei Resolutionen überdeutlich verabschiedet: «Schluss mit dreckigen Geschäften» und «Für eine feministische Schweizer Aussenpolitik im Dienste von Menschenrechten und Demokratie». Was etwas sperrig daherkommt, hat einen tragischen Grund: den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine.**

«Der Angriffskrieg von Putins Regime gegen die Ukraine fällt in eine Zeit und in eine Welt, die bereits von der Klimakrise, vom Kampf um Rohstoffe und von geopolitischen Spannungen geprägt ist. Die auf dem Völkerrecht basierende internationale Ordnung, die gerade für kleine Staaten wie die Schweiz so wichtig ist, erscheint so fragil wie schon lange nicht mehr», heisst es in der Einleitung zur Resolution gegen die dreckigen Geschäfte. Und weil der Kanton Zug im Zusammenhang mit dreckigen Geschäften oft genannt wird, kommt der grünen Nationalrätin Manuela Weichelt die Rolle zu, die Resolution den anwesenden Delegierten aus der ganzen Schweiz zu präsentieren.

Weiter heisst es, dass viele autokratische Regimes ihre Macht mit dem Export von fossilen Brenn- und Treibstoffen sowie von Uran sichern. Deren Einsatz ist also nicht nur klima- und umweltschädlich, sondern er macht unsere Gesellschaft auch abhängig von Staaten wie Russland und finanziert deren Kriege. Es ist kein Zufall, dass heute rund 80 Prozent der russischen Rohstoffe über die Schweiz gehandelt werden und dass die Schweiz noch immer fast die Hälfte ihres Gasverbrauchs aus Russland deckt. Dieser Zustand ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen verfehlten Politik der bürgerlichen Parteien (und wird übrigens auch von der Zuger Alternative – die Grünen seit Jahren bemängelt und politisch bekämpft). Die Grünen fordern in diesem Papier, dass die Schweizer Energie-, Rohstoff- und Aussenhandelspolitik auf folgenden Pfeilern steht:

- Friedens- und Freiheitsenergien ausbauen
- Rohstoffhandel regulieren
- Steuerdumping beenden
- Wiederaufbau finanzieren
- Handel nachhaltig gestalten
- Die Politik des Bundesrates gegenüber Europa

## Zweite Resolution

Die andere Resolution beschäftigt sich ebenfalls mit dem Krieg in der Ukraine und fordert, dass die Schweiz ihr Engagement für eine nachhaltige Friedens- und Sicherheitspolitik verstärken und gleichzeitig ihre Energie-, Rohstoff- und Aussenhandelspolitik neu ausrichten soll, um nicht die Konflikte und Kriege anderer Staaten zu befeuern. Die Schweizer Friedens- und Sicherheitspolitik soll auf folgenden Pfeilern stehen:

- Demokratie fördern und Einhaltung des Völkerrechts garantieren
- Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit
- Klima-Aussenpolitik
- Feministische Aussenpolitik
- Europäische Zusammenarbeit und Engagement in der Weltgemeinschaft

Die Diskussionen an der Delegiertenversammlung kreisten auch um den Begriff der Feministischen Aussenpolitik und ob dieser Begriff gendergerecht sei. Erklärungen folgten, dass es sich bei der feministischen Aussenpolitik um ein Konzept handelt, das in dieser Form eine Relevanz hat. ■

23

## Feministische Aussenpolitik

Feministische Aussenpolitik bezeichnet ein Konzept bzw. ein Prinzip im Rahmen internationaler Aussenpolitik, bei dem feministische Sichtweisen zum Massstab gemacht werden: Der Handlungsrahmen umfasst eine Politik, die Gewalt und Diskriminierung überwinden sowie Geschlechtergerechtigkeit und Menschenrechte verwirklichen will. (Wikipedia) Zum Konzept der Feministischen Aussenpolitik siehe z.B. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (2022): «Die Geschlechterdimension von Krieg und Frieden».

## Nachlesen



**Resolution «Schluss mit dreckigen Geschäften»**

[gruene.ch/gesellschaft/resolution-schluss-mit-dreckigen-geschaeften](https://gruene.ch/gesellschaft/resolution-schluss-mit-dreckigen-geschaeften)



**Resolution «Für eine feministische Schweizer Aussenpolitik ...»**

[gruene.ch/gesellschaft/frieden-und-sicherheit/resolution-fuer-eine-feministische-schweizer-aussenpolitik-im-dienste-von-menschenrechten-und-demokratie](https://gruene.ch/gesellschaft/frieden-und-sicherheit/resolution-fuer-eine-feministische-schweizer-aussenpolitik-im-dienste-von-menschenrechten-und-demokratie)

# Die halbe Wahrheit

Grünspecht – ein kritischer Vogel

24

**«Im Krieg ist die Wahrheit das erste Opfer», so ein oft zitierter Satz im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine. Ob etwas wahr oder gelogen ist, lässt sich mittels Recherchen vor Ort oder breiter Untersuchungen im Nachhinein oft feststellen. Weitaus gefährlicher als offensichtliche Lügen sind Aussagen dazwischen, also Halbwahrheiten.**

Unter dem Titel «Halbe Wahrheit» hat SVP-Übervater Christoph Blocher am 17. August in seinen Gratis-Zeitungen über den Tod blutjunger russischer Soldaten geschrieben. «Das geht zu Herzen und tut weh», hält der Multimillionär fest. Der Tod junger Soldaten sei nicht die ganze Wahr-



heit, um dann zu fragen, warum diese «russischen Teenager-Soldaten» tot seien, irgendjemand müsse sie wohl getötet haben.

Blochers Antwort in seiner Kolumne ist so oberflächlich wie perfid. Sie wurden von ukrainischen Soldaten getötet. Diese würden wiederum durch den Westen bewaffnet, durch die USA und durch die EU, die sich aus SVP-Sicht notabene immer wieder als Bösewicht eignet. Auch die Schweiz sei als «Kriegspartei» mitschuldig am Tod «blutjunger russischer Soldaten».

Dass die russische Armee auf Befehl von Wladimir Putin den Krieg begonnen und das Nachbarland überfallen

hat, die Souveränität des Landes und die Freiheit des Volkes missachtet – darüber verliert Christoph Blocher kein Wort. Ebenso wenig geht er auf die Brutalitäten der russischen Soldaten und ihrer Spezialtruppen (Wagner-Gruppe) ein, welche zivile Einrichtungen bombardieren, Zivilisten töten, Frauen vergewaltigen, Menschen verschleppen und Getreide stehlen.

Aus Blochers Sicht wird der Angegriffene, der sich verteidigt, zum Täter. Er übernimmt das «Narrativ» (ein anderes Wort für das Ausblenden der Wirklichkeit) des Kremls. Ständerat Andrea Caroni hat es in der Sonntags-Zeitung richtig formuliert: «Putin braucht keinen Propagandaminister mehr – die Blochers machen's gratis.»

## Nachrichten brauchen Einordnung

Ein zweites Beispiel hat der Alt-Bundesrat eine Woche zuvor veröffentlicht. Unter dem Titel «Medienmärchen» zieht er über die Berichterstattung zum Urteil des Obersten Gerichts der USA zum Thema Schwangerschaftsabbruch her. So sei im Tages-Anzeiger zu lesen gewesen vom «Ende des Rechts auf Abtreibung». Als «ausgebildeter Jurist» sei er der Sache auf den Grund gegangen und er habe herausgefunden, dass das Oberste Gericht lediglich entschieden habe, dass die einzelnen Bundesstaaten für die Gesetzgebung zuständig seien.

Das ist formaljuristisch korrekt, entspricht aber nur der halben Wahrheit. Als Politiker und Verleger müsste er wissen, dass es im Journalismus immer auch um Einordnung geht. Was bedeutet eine Nachricht? Welche Folgen hat ein Entscheid für die Menschen? Was sind die konkreten

Konsequenzen? Das sind Fragen, auf die das lesende Publikum zu Recht eine Antwort erwartet. Wer an der Oberfläche bleibt und über die Auswirkungen von Entscheidungen nicht informiert, vermittelt nicht einmal die halbe Wahrheit.

Im konkreten Fall bedeutet das Urteil doch, dass das Grundrecht auf Abtreibung in den USA gekippt wurde. Wenn dem nicht so wäre, warum haben dann die fundamentalistischen Evangelikalen und rechten Republikaner derart gejubelt? «Gott hat das entschieden», kommentierte etwa Ex-Präsident Donald Trump.

## Spaltung der Gesellschaft

Die Verkünder von fake news und Halbwahrheiten verfolgen immer ein Ziel: Die Verunsicherung der Menschen, die Polarisierung der Bevölkerung entlang der von ihnen definierten Themen und damit letztlich die Spaltung der Gesellschaft. «Divide et impera», teile und herrsche – nach dieser Maxime handeln alle Diktatoren, Autokraten und dominanten Politiker. Johann Wolfgang von Goethe formulierte die Maxime um und fügte gleich die demokratische Alternative hinzu: «Entzwei und gebiete! Tüchtig Wort; Verein und leite! Bessrer Hort.»





Lehrkräftemangel. Quereinsteiger\*innen. Lehrer\*innen ohne Ausbildung. Lehrer\*innen ohne Diplom. Studierende als Lehrer\*innen. Laien im Klassenzimmer. NEIN: Danke, liebe Quereinsteiger\*innen, Lehrer\*innen und Laien, danke, dass ihr unsere Kinder nicht alleine lässt und dafür sorgt, dass eine Generation mit kleineren Bildungslücken heranwachsen kann. ■

Gletscher. Eisvolumen in 90 Jahren halbiert. Beeindruckende Bilder. Punkt. Ääh – und was macht ihr jetzt? Wir fahren am Wochenende zum Aaregletscher, um den Kindern zu zeigen, wie schlimm das aussieht. Ist doch eindrücklich, oder nicht? ■

Steinhausen, bauen beim Bahnhof, Zonen, Planung, Ideen. Ist da tatsächlich die Hauptsorge eine «Autoeinstellhalle» oder habe ich den Bericht falsch gelesen? ■

Kulturelle Aneignung: Darf ich jetzt mein arabisches Kopftuch (früher «Arafat-Lumpen») nicht mehr tragen? Und darf an der Kanti weiterhin Latein unterrichtet werden? Dürfen die «Indianer-Fantasien» eines deutschen Schreibers aus dem 19. Jahrhundert jetzt wirklich nicht mehr gelesen werden? Dürfen wir (immer mit Respekt!) kulturelle Elemente oder Errungenschaften ande-

rer Völker [Unwort!] nicht miteinander teilen, nutzen? ■

AKW Beznau darf trotz zu warmer Aare weiterlaufen, schliesslich brauchen wir Strom. Die Fische sollen es ausbaden. In unseren (alten!) AKW werden jährlich bei Sicherheitskontrollen Mängel oder Fehler aufgedeckt, trotzdem wollen verschiedene (politische) Experten die Laufzeit verlängern, schliesslich wurden ja jeweils rechtzeitig die Fehler gefunden und behoben! ■

Solarstrom-Potenzial in der Schweiz: Eine neue Studie behauptet, wir könnten viel mehr Solarstrom produzieren, als wir verbrauchen. Schön. Wir könnten. Für nächsten Winter ist das jetzt zu spät, aber wir müssen uns das mal überlegen... ■

Wappnen für den Winter. Titel in der Zeitung: «Die Schweiz rüstet sich für einen harten Winter». «Auch der AKW-Chef kauft sich einen Dieselgenerator» steht im Lead. Früher hätten wir dazu etwas gesagt von Tassen, im Schrank haben, nicht alle. ■

Ständerat Damian Müller (FDP, LU) hat noch Ideen gegen die Stromlücke und die hohen Kosten der Energie: Die Restwassermengen bei den für Kraftwerke genutzten Gewässern müssten überprüft und wo möglich gesenkt

werden. Wasserzinsen sollen gesenkt oder vorübergehend ausgesetzt werden. ■

Delegierte zweier Parteien tagten im Kanton Zug. In unserer Lieblingszeitung steht nicht viel dazu, ausser: «Albert Rösti fordert eine Aufhebung des Verbots von neuen AKW.» ■

Weltweit blüht das Milliardengeschäft mit Killerdrohnen. Die Schweiz hat beim israelischen Rüstungskonzern Elbit sechs unbewaffnete Aufklärungsdrohnen mit allem Drum und Dran bestellt, Kostenpunkt 250 Millionen Franken. Zwei Drohnen werden gerade erprobt und sollen Ende Jahr an die Luftwaffe übergeben werden. Können wir denn so etwas nicht selbst herstellen und vielleicht sogar exportieren? Hat da die Ruag eine Chance verpasst oder ist das tatsächlich das von der GSOA schon lange geforderte Umdenken in Sachen Rüstung und Rüstungsexport? Import stoppen wäre da aber auch noch ein Thema. ■

Früher, da hatten wir eine Post. Da waren sogenannte Schalter, wo die Kunden Briefe, Pakete, Telegramme oder Zahlungen aufgeben konnten. Später kamen zusätzliche Angebote (Verkauf von Velonummern und Autobahnvignetten) und nach einigen Jahren Schreib-

zeug, Papeterie-Artikel, Souvenirs usw. Dann kam eine Welle von Schliessungen von Postfilialen, für die Dienstleistungen gingen die Kunden zur nächsten Filiale von Volg oder Migros. Für den 5. September 2022 haben wir nun eine Einladung erhalten, um in der Post «Zug Laubenhof» die Partnerschaft der Post mit einer Versicherung zu feiern. Was hat das zu bedeuten? Ist jetzt Sympany bei der Post eingemietet oder die Post bei Sympany? Holt sich da gerade eine Krankenkasse einen Vorteil gegenüber der Konkurrenz? ■



26

### Montag, 10. Oktober kein FLIZ-Abend

#### Burning Days

Montag, 17. Oktober  
20 Uhr  
Kino Gotthard  
(Reihe: IM GOTTHARD  
UM DIE WELT)

In einem türkischen Dorf entstehen riesige Krater im Erdreich, weil die lokale Regierung Wasser auf illegale Weise abbauen lässt. Als ein junger Staatsanwalt im Ort auftaucht, der den Fall klären soll, offenbaren sich die korrupten Strukturen. Der Anwalt wird perfide unter Druck gesetzt und bedroht. Um Wahlen zu gewinnen, werden Fake News verbreitet und Bewohner mit Wasserentzug aufgestachelt. Sehr spannend wird gezeigt, wie Menschen zu einem gewaltbereiten Mob mutieren, und wie schwierig es ist, ein korruptes System zu bekämpfen. Emin Alper ist anwesend



### Dida

Montag, 14. November  
20 Uhr  
Kino Gotthard

Nikola Ilic verliess seine Heimat in Serbien und ging in die Schweiz um Corina zu heiraten. Seine Mutter Dida blieb bei seiner Oma in Belgrad. Dida hat Lernschwierigkeiten und kann nicht alleine leben. Als die Grossmutter stirbt, wird Nikola in der alten Heimat immer öfter gebraucht. Hin- und hergerissen zwischen Pflicht und Freiheit, Serbien und der Schweiz, fühlt er sich schuldig. Wie kann er allen Seiten gerecht werden? Ein humorvolles, intimes Porträt von Dida und der herausfordernden Situation. Corina Schwingruber ist anwesend für Q&A.



### Geister und Gäste

Montag, 12. Dezember  
20 Uhr  
Kino Gotthard

30 Jahre nach der Erstaufführung im Burgbachkeller Zug und 60 Jahre nach Hermann Hesses Tod ist Isa Hesse-Rabinovitchs Film neu digitalisiert. Die Reprise zeigt die Geschichte des Tessiner «Grand Hotel Brissago». Die Geister von ehemaligen Gästen, wie z.B. Tucholsky, Kästner, Caruso, Flüchtlingen, Soldaten, Bediensteten, Mario Botta, Jo Mihaly, werden neu erweckt. Ein faszinierendes Gewebe aus Fiktion und Wirklichkeit, welches die Vergangenheit rund um das Grand Hotel heraufbeschwört, das Feuer fing und heute eine Ruine ist.

In Planung: Silver Hesse (Enkel von Hermann Hesse) und Annelies Ursin für Q&A.



Elke Mangelsdorff  
FLIZ  
FilmLiebhaberInnen Zug



Donnerstag, 15. Sept. 2022  
**Starke Stimmen – Schweizer Politfrauen**  
19.30 – 21.30 Uhr,  
Bibliothek Zug

Freitag, 16. Sept. 2022  
**Junge Alternative Zug presents: MIR SIND MEH!**  
Industrie 45, Zug

Samstag, 17. Sept. 2022  
**Sponsoring-Lauf**  
am Vorstadtquai unterhalb der Rössliwiese  
Festbeiz öffnet ab 15 Uhr,  
Schluss ca. 18 Uhr

Samstag, 1. Okt. 2022  
**Fokus Demokratie Haus zum Lernen**  
St. Oswalds-Gasse 20  
10 – 15.30 Uhr

Sonntag, 2. Okt. 2022  
**Gesamterneuerungswahlen Kanton Zug**

Sonntag, 2. Okt. 2022  
**Wahlfeier**  
Ab 16 Uhr im Siehbachsaal  
Zug

Mittwoch, 5. Okt. 2022  
**Alternative Monatsbar**  
Im Siehbachsaal Zug  
Gute Gespräche und feines Essen  
Ab 18.30 Uhr

Mittwoch, 2. Nov. 2022  
**Alternative Monatsbar**  
Im Siehbachsaal Zug  
Gute Gespräche und feines Essen  
Ab 18.30 Uhr



Mittwoch, 7. Dez. 2022  
**Alternative Monatsbar**  
 Im Siehbachsaal Zug  
 Gute Gespräche und feines  
 Essen  
 Ab 18.30 Uhr

**Tagesaktuelle Übersicht der  
 Veranstaltungen finden Sie  
 unter: [gruene-zug.ch/event](http://gruene-zug.ch/event)**

### **Die Alternativen im Kanton Zug**

#### **Alternative – die Grünen Zug**

Metallstrasse 5, 6300 Zug  
 041 711 99 09  
[www.alternative-zug.ch](http://www.alternative-zug.ch)  
[info@alternative-zug.ch](mailto:info@alternative-zug.ch)

#### **Alternative – die Grünen Baar**

André Guntern  
[info@alternative-baar.ch](mailto:info@alternative-baar.ch)

#### **Alternative – die Grünen Cham**

Roman Ambühl  
[cham@alternative-zug.ch](mailto:cham@alternative-zug.ch)

#### **Grünes Forum Hünenberg**

Rita Hofer  
[info@gruenes-forum-huenenberg.ch](mailto:info@gruenes-forum-huenenberg.ch)

#### **Alternative – die Grünen Menzingen**

Marianne Aepli  
[m.aepli@gmx.ch](mailto:m.aepli@gmx.ch)

#### **Forum Oberägeri**

Philipp Röllin  
[roellin.ph@bluemail.ch](mailto:roellin.ph@bluemail.ch)

#### **Grüne Risch-Rotkreuz**

Hanni Schriber-Neiger  
[mail@gruene-rischrotkreuz.ch](mailto:mail@gruene-rischrotkreuz.ch)

#### **Grüne Steinhausen**

Postfach 123  
 6312 Steinhausen  
[steinhausen@gruene-zug.ch](mailto:steinhausen@gruene-zug.ch)

#### **Alternative – die Grünen Unterägeri**

Cornelia Mayinger  
[cornelia.mayinger@datazug.ch](mailto:cornelia.mayinger@datazug.ch)

#### **Alternative – die Grünen Stadt Zug**

Metallstrasse 5, 6300 Zug  
[info@alternative-stadt.ch](mailto:info@alternative-stadt.ch)

#### **Junge Alternative Zug**

Delia Meier & Matúš Bielik  
 Metallstrasse 5, 6300 Zug  
[junge@alternative-zug.ch](mailto:junge@alternative-zug.ch)

#### **Alternative Grüne Fraktion im Kantonsrat**

[gruene-zug.ch](http://gruene-zug.ch)

#### **Grüne Partei Schweiz**

[gruene.ch](http://gruene.ch)



**Facebook**  
[fb.com/AlternativeZug](https://fb.com/AlternativeZug)



**Twitter**  
[@AlternativeZG](https://twitter.com/AlternativeZG)



**Instagram**  
[@alternativegruene](https://www.instagram.com/alternativegruene)



**WhatsApp-Newsletter**  
 Sende deinen Namen per  
 WhatsApp an 079 519 81 91

Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autor\*innen. Die Inhalte der Artikel entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung des Vorstands oder der Fraktion der Alternativen – die Grünen

**BULLETIN** Nr. 3, 17.9.2022  
 Erscheint viermal jährlich

**Herausgeber:**  
 Verein DAS BULLETIN

**Adresse:**  
 BULLETIN Alternative –  
 die Grünen Kanton Zug,  
 Metallstrasse 5, 6300 Zug

**Redaktion:**  
 Natalie Chiodi, Jonas Feldmann,  
 Luzian Franzini  
 Hansjörg Glauser, Hansruedi  
 Küttel

**Kontakt:**  
[bulletin\\_redaktion@bluewin.ch](mailto:bulletin_redaktion@bluewin.ch)

**Lektorat:**  
 Trix Gubser, Berty Zeiter

**Fotos:** Paula Gisler

**Gestaltungskonzept:**  
 S.H.E.D. GmbH

**Produktion:**  
 Satz, Bild und Druck:  
 DMG Zug, dm.g.ch

Gedruckt auf Refutura GSM,  
 100% Altpapier, Blauer  
 Engel, FSC-zertifiziert

**Nutzaufgabe:** 800 Ex.

Abonnement: Fr. 25.–  
 Kleinverdiener\*innen: Fr. 10.–  
 Unterstützungsabo: Fr. 50.–

Mitglieder der Jungen Grünen  
 erhalten das BULLETIN gratis

Mitgliederbeitrag Verein  
 DAS BULLETIN: Fr. 100.–

**Einzahlungen auf:**  
 Verein DAS BULLETIN  
 6304 Zug  
 CH94 0900 0000 6003 0584 6

**Redaktionsschluss**  
**Nr. 4/2022:**  
 Freitag, 18. November 2022

**Erscheinungsdatum**  
 Samstag, 10. Dezember 2022

**DAS BULLETIN**  
[bulletin-zug.ch](http://bulletin-zug.ch)



P.P. 6300 ZUG Post CH AG

Adressberichtigungen melden:  
Alternative - die Grünen Zug,  
Metallstrasse 5, 6300 Zug  
[info@alternative-zug.ch](mailto:info@alternative-zug.ch)

